

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt bei der Cleverung durch die Austräger vierteljährlich 4,50, monatlich 1,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenzeilen der Beilagen oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 243.

Freitag, den 17. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Herr Drummond und seine Leute.

Das künftige Bureau des Völkerbundes.
Von Maximilian Müller-Sabusch.

Die Ungeheuerlichkeiten des Friedensvertrages haben in Deutschland eine allgemeine, gefühlsmäßig nur zu gut zu verstehende Abneigung gegen die Schöpfungen der Pariser Konferenz erregt, und damit auch gegen den von ihr geschaffenen Völkerbund, auf den wir zuerst so große Hoffnungen gesetzt haben. Beim Völkerbund kommt noch hinzu, daß wir bis auf weiteres nicht Mitglied des Bundes sein werden, und man geht kaum fehl, wenn man die Stimmung in weiten Kreisen gegenüber dem Völkerbund und allem, was mit ihm zusammenhängt, mit Gleichgültigkeit bezeichnet.

Nichts ist verkehrter als eine solche Stimmung. Denn man mag der Ansicht sein, daß es durchaus nicht wünschenswert für Deutschland ist, in dieses Gebilde, das man als ein Zerrbild der ursprünglichen Idee bezeichnet, hineinzukommen — was ich für falsch halte —, die Tatsache, daß Deutschland vom Augenblick der Ratifikation an schon das Objekt der Maßnahmen des Völkerbundes sein wird, läßt sich nicht hinwegleugnen, und sie muß uns veranlassen, uns mit dem Völkerbund in seiner jetzigen Form und seinen leitenden Persönlichkeiten zu beschäftigen.

Man weiß in Deutschland von der Organisation des Bundes kaum mehr, als daß Sir Eric Drummond zu seinem Generalsekretär ernannt ist. Daß Drummond aber schon seit Monaten eine rührige Tätigkeit entfaltet und dabei ist, das Bundessekretariat, das ständige Bureau des Rates und der Vollversammlung des Völkerbundes zu organisieren, ist weniger bekannt. Nach dem Friedensvertrag ist Genf zum Sitz des Völkerbundes bestimmt. Die Bedenken, dem Bunde beizutreten, die sich in der Schweiz neuerdings ergeben haben, haben den Gedanken austauschen lassen, den Sitz des Bundes nach Brüssel zu verlegen, was sicher nicht zu begrüßen wäre. Entschieden ist diese Frage aber noch nicht, und einstweilen hat Drummond seinen Amtssitz in London im Lunderlandhouse in der Curzonstreet aufgeschlagen. Sir Eric Drummond ist noch ein verhältnismäßig junger Mann, denn er ist am 17. August 1876 geboren. Er entstammt einer alten Adelsfamilie; er ist der Halbbruder und vermutliche Erbe des fünfzehnten Earl of Perth, Katholik und ein Schwager des Herzogs von Norfolk. Seine Laufbahn ist von Anfang an glänzend gewesen. 1900 trat er in das englische Staatsamt des Außenwesens ein, in dem er Privatsekretär des Unterstaatssekretärs Lord Fitzmaurice war. Später wurde er Redakteur der „Times“ und Verträge und dann nachher Privatsekretär bei Sir Edward Grey, Asquith und Balfour, dessen rechte Hand er bei der Pariser Konferenz war. Für seine Funktionen soll er ein Gehalt von 125 000 Franken und eine Repräsentationszulage in gleicher Höhe bekommen.

Nach der Völkerbundsakte sollen ihm für die Unterabteilungen Sekretäre zur Seite stehen, die er im Einvernehmen mit dem Völkerbundsrat auswählt. Auch von diesen ist bereits ein Teil ernannt worden.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist es nicht klar, ob diese Abteilungen nur nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert sind, oder ob auch regionale Referate, wie sie jetzt im deutschen Auswärtigen Amt eingerichtet werden sollen, geschaffen werden.

Von ganz besonderer Wichtigkeit, schon im Hinblick auf die in Kürze zusammentretende Arbeitskonferenz in Washington, ist die sozialpolitische Abteilung, das International Labour Office. Sein Leiter soll vom Verwaltungsrat des Amtes ernannt werden. Einstweilen führt der Belgier Louis Barle diese Geschäfte, der sich in seinem Heimatlande bei der Organisation der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hervorgetan hat.

Von besonderem Interesse für Deutschland ist die Verwaltungsabteilung, der ganz besondere politische Funktionen zufallen. Hier wird die Ausführung der Bestimmungen, die nach dem Friedensvertrag dem Völkerbunde zufallen, wie die Bildung der Regierungen für Danzig und das Saarrevier vorbereitet. Von dem Leiter dieser Abteilung ist nur bekannt, daß er ein Norweger sein wird, der angeblich an hervorragender Stelle in der auswärtigen Politik seines Heimatlandes stand. Es ist möglich, daß es sich hier um den norwegischen Generalkonsul Eric Andrea Collan handelt, der aber nach norwegischen Meldungen als Direktor der skandinavisch-finnischen Sektion berufen worden ist. Stimmt diese Art der Berufung, so würden also auch regionale Referate geschaffen werden. Die Schaffung dieser Abteilung, in der die gesamten skandinavischen Angelegenheiten vereinigt werden würden, hat in Norwegen, das sich bei seiner westlichen Orientierung stets gegen ein Kooperieren der skandinavischen Staaten in jeder Form gewandt hat, einen Entrüstungsschrei hervorgerufen, den die Regierung vergeblich zu dämpfen gesucht hat. Collan war früher Geschäftsträger in Rio de Janeiro und bearbeitete während des Krieges handelspolitische Fragen im Ministerium des Außenwesens.

Daneben scheint jedoch noch eine besondere politische Abteilung geplant zu sein, der anscheinend ein umfassender

der Nachrichtendienst übertragen werden soll. Weiter dieser Abteilung soll nach holländischen Quellen Paul Mantoux werden, ein Franzose, der vor dem Kriege Professor der neueren Geschichte an Kings-College der Londoner Universität war und sich literarisch mit Büchern über die Krise des englischen Trade-Unionismus, über das moderne England und über die industrielle Revolution befaßt gemacht hat. Im Kriege vertrat er zunächst den französischen Munitionsminister in London, wurde dann aber Dolmetscher bei den interalliierten Verhandlungen und nahm als solcher auch an den geheimsten Sitzungen teil, vor allem an den Beratungen des Rates der Vier während der Friedenskonferenz. Als Gehalt hat man ihm 100 000 Franken bewilligt.

Als zweiter Franzose ist Jean Monnet zum Sekretär ernannt, für welche Abteilung ist jedoch noch nicht bekannt. Er ist von Haus aus Kaufmann und vertrat vor dem Kriege eine Kognaffirma in Amerika. Seine Laufbahn begann schon während des Krieges, und er hat sich in der Organisation der Kriegswirtschaft der Entente außerordentlich hervorgetan. Man bezeichnet ihn als den eigentlichen Schöpfer der interalliierten wirtschaftlichen Organisation in London, in der er die französische Abteilung leitete und besonders bei der Getreidekommission und der Seetransportkommission wirkte. Vielleicht wird ihm die wirtschaftliche Abteilung übertragen, deren Sonderaufgabe die Vereinheitlichung des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes sein soll, vielleicht aber auch das französische Referat. Monnet, dem angeblich ein Gehalt von 150 000 Franken ausgesetzt ist, ist der Benjamin des Sekretariats, denn er zählt erst 30 Jahre, kann also mit seiner Karriere zufrieden sein.

Von besonderer Wichtigkeit für die Fortentwicklung des Völkerbundes ist die Rechtsabteilung, an deren Spitze der holländische Professor van Hamel, ein Völkerrechtsexperte von internationalem Ruf, getreten ist, der sich wiederum eine Schar von Mitarbeitern aus den verschiedensten Ländern gesichert hat. Diese Abteilung wird das Referat für den Neuaufbau der zwischenstaatlichen Verträge übernehmen. Auch ihr wird ein Nachrichtendienst angegliedert werden, der letzten Endes der vergleichenden Rechtsforschung dienen soll. Vermutlich wird von hier aus auch die Verbindung mit dem Internationalen ständigen Gerichtshof hergestellt werden, von dem Holland immer noch leise hofft, daß er in Haag seine Stätte finden wird.

Die Leitung der Presseabteilung soll dem Vernehmen nach einem Westschweizer zugehört sein. Die Abteilung für internationale Organisationen, also wahrscheinlich die sogenannten Unionen wie den Weltpostverein, leitet der japanische Professor Nitobe, der kürzlich als Vertreter des Völkerbundssekretariats in Begleitung des Engländers Lloyd und des Belgiers Konkenbeek, über deren Stellung innerhalb des Sekretariats noch nichts Sicheres bekannt ist, Holland besuchte. Auch die Funktion des Kanadiers Herbert Ames ist nicht näher bekannt. Es ist möglich, daß er, wenn er nicht das kanadische Referat übernimmt, Vertreter einer kanadischen Delegation beim Sekretariat ist; denn solche Delegationen der einzelnen Bundesstaaten scheinen vorgesehen zu sein, vermutlich gleichzeitig als ständige Mitglieder des Völkerbundsrates. Als amerikanischer Vertreter ist hierfür Oberst House, der bekannte Freund Wilsons, genannt worden; die Aufgabe scheint ihm aber nicht genehm zu sein, denn man nennt schon den Expräsidenten Taft als seinen Nachfolger. Daß man für diese Stellung einen ehemaligen Präsidenten vorzieht, zeigt, welche Wichtigkeit man ihr beilegt.

So spärlich die Nachrichten sind, man ersieht doch daraus, daß die Organisation des Sekretariats seit dem Augenblick, in dem das Organisationskomitee im „Hotel Crillon“ in Paris unter dem Vorsitz von Wilson zusammentrat, schon ziemlich weit vorgeschritten ist und daß, wenn die erste Sitzung des Bundes stattfindet, ein arbeitsfähiger Apparat zur Verfügung steht. Für Deutschland bedeutet die Auswahl der Persönlichkeiten des Sekretariats noch keine Minderung der Befürchtungen, zu denen die Form, in der der Völkerbund ins Leben tritt, Veranlassung gegeben hat. Grund genug, um so mehr unser Augenmerk auf sie zu richten.

Die letzten Entente-Noten.

Die letzte Note der Entente über die baltische Frage wird von der deutschen Regierung in den nächsten Tagen beantwortet werden, nachdem Dienstag der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten noch einmal Gelegenheit gehabt hat, sich mit dem Entwurf dieser Antwort zu beschäftigen. Es kann nach der „Frankf. Zig.“ kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Regierung noch einmal mit allem Nachdruck verfahren wird, daß sie gewillt sei, alle Truppenverbände in die Heimat zurückzuführen und etwa sich zeigenden Widerstand zu

brechen. General von der Goltz wird in Berlin erwartet und unmittelbar nach seiner Ankunft wird die Regierung ihr zur Beantwortung auffordern. In parlamentarischen Kreisen wird der Wunsch laut, ihn auch vor den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu führen. Dagegen ist mit einer baldigen Beantwortung der Blockadenote nicht zu rechnen. Aus der Sachlage ergibt sich, daß die deutsche Regierung vorher mit den neutralen Staaten in Verbindung treten wird, an die sich die Entente ja ebenfalls gewandt hat. Derselbe Wunsch scheint auch bei den Neutralen zu bestehen. Nach den nach Berlin gelangten Nachrichten trägt sich auch die schwedische Regierung mit der Absicht, vor der Festlegung ihrer Schritte sich mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen zu setzen und bei der englischen Regierung weitere Auskunft zu erbitten. Erst nach Abschluß dieses Gedankenaustausches wird sich das Reichskabinett und danach der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten über die Erteilung einer Antwort schlüssig werden.

Die deutsche Antwort.

Die deutsche Regierung hat sich bereit, die Entente-Note wegen der Räumung des Baltikums zu beantworten. Dem Vertreter Goltz wurde folgende Note übergeben:

Die alliierten und assoziierten Regierungen ließen die deutsche Regierung zum ersten Male in einer Mitteilung vom 18. Juni zur Räumung des Baltikums und Litauens auffordern, nachdem sie noch im Mai ausdrücklich verlangt und ungeachtet des Protestes der deutschen Regierung darauf bestanden hatten, daß die deutschen Truppen von dort nicht zurückgezogen werden sollten. Seitdem war die deutsche Regierung unablässig bemüht, die Zurückziehung der Truppen durchzuführen. Sie wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um den Widerstand der Truppenteile zu brechen, die sich um das ihnen von der lettischen Regierung versprochene Einbürgerungsrecht und erhoffte Anstellungsmöglichkeiten gekümmert haben. Sie sperrte schließlich den widerstrebigen Truppen Sold, Proviant und sonstige Zufuhren und entzog ihnen sogar die bereits erworbenen Ansprüche auf spätere Versorgung. Sie traf Maßnahmen, um jeden etwaigen Versuch von Munitions- oder Mannschafsnachschüben zu unterbinden und sperrte zu diesem Zweck den gesamten Verkehr nach dem Baltikum und ordnete die Ueberwachung aller Grenzstationen durch besondere Beauftragte an.

Dies alles zeigt, daß die deutsche Regierung keine Veranlassung gab, sie einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, wie in den Noten der alliierten und assoziierten Regierungen vorgelesen sind. Die deutsche Regierung lehnte auch nicht ab, General von der Goltz aus dem Baltikum abzurufen, sie wies vielmehr lediglich darauf hin, daß es sich um eine innere deutsche Angelegenheit handelte. Tatsächlich wurde General von der Goltz damals abgerufen. Erst bald nach seiner Abreise erfolgte die Muterei der Eisernen Division und veranlaßte ihn, aus eigenem Entschluß nach Litauen zurückzuziehen. Diese vorübergehende Rückkehr wurde auch nur deshalb gebildet, weil von der Goltz noch am ehesten den unzufriedenen Truppen gegenüber die genügende Autorität zu haben schien, um sie zur Befolgung des Abmarschbefehls zu bestimmen. Ein Teil der Truppen folgte dem auch damals seinen Anordnungen. Als auch sein Einfluß zu erlahmen begann, wurde von der Goltz endgültig abberufen und nach Berlin befohlen. Inzwischen übernahm General von Eberhardt als sein Nachfolger den Befehl.

Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in jenen Gebieten, noch mit einer solchen irgend welche Verbindung. Sie verbot den deutschen Soldaten strengstens, in russische Formationen einzutreten und sprach mit denjenigen, die das trotzdem taten, jede Verbindung ab. Es befindet sich bei den russischen Kampfruppen im Baltikum kein einziger deutscher Soldat, über den die deutsche Regierung noch Befehlsgewalt ausüben könnte. In der Offensive des Generals Vermont sind keine, dem deutschen Kommando unterstehenden Truppen beteiligt. Die politischen und militärischen Pläne des Generals Awalon-Bermont werden in keiner Weise gebilligt. Deutschland hegt weder gegen das lettlandische noch gegen das russische Volk irgend welche kriegerische Absichten. Die deutsche Regierung nimmt gerne davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen eine interalliierte Kommission nach den baltischen Provinzen entsenden wollen. Sie bittet, diese Kommission sobald als möglich abreisen und zur Besprechung mit hiesigen Stellen einen kurzen Aufenthalt in Berlin nehmen zu lassen. Die Kommission wird sich durch ein eigenes Urteil überzeugen, daß die gegen die deutsche Regierung erhobenen Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können.

Das Inkrafttreten des Friedensvertrages.

L. U. Bern, 16. Oktober. Tittoni hat die vom König von Italien unterzeichnete Ratifikation nach Paris mitgebracht, doch steht das Datum der feierlichen Uebergabe noch nicht fest. Der Oberste Rat beriet über das Inkrafttreten des Friedensvertrages. Auch dieses Datum ist noch unbestimmt. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Freiherr von Lersner, wird die seiner Zeit bereits gemeldete Ueberstellung nach Paris erst nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages vornehmen.

Wie dem „Corriere della Sera“ aus Paris gemeldet wird, wird der Versailles-Friedensvertrag etwa eine Woche später als ursprünglich beabsichtigt in Kraft treten. Der Oberste Rat beschloß sich inzwischen mit der Regelung verschiedener Einzelfragen, die ursprünglich dem technischen Unterausschuss übertragen worden ist. Die unvollständigen Vollmachten der amerikanischen Abordnung führte zu einer Verzögerung der Arbeiten des Obersten Rates.

Deutscher Protest gegen die Ostsee-Blockade.

U. Berlin, 17. Oktober. Die deutsche Friedens-Delegation in Versailles ist beauftragt worden, wegen der über die deutsche Schifffahrt in der Ostsee verhängten Sperre, insbesondere wegen der Anschläge auf die Territorialgewässer, und unter Hinweis auf die durch diese Maßnahmen herbeigeführten verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen, dringende Vorstellungen bei der Entente zu erheben.

Die „P. B. N.“ erfahren aus Königsberg: Die Blockade des Hafens wird schwer verspürt. Der Betrieb im Hafen liegt fast völlig still. Mittwoch wurden zwei Leichter mit Kohlen für Königsberg vor dem Hafen von Willau von den Engländern gekapert. Donnerstag morgen traf ein Dampfer mit Heringen aus Norwegen ein. Der Kapitän desselben behauptet, in der ganzen Ostsee nicht ein einziges Fahrzeug getroffen zu haben.

Die Entente-Aufsicht kommt.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung teilte Donnerstag der Reichsfinanzminister Dr. Mayer mit, daß voraussichtlich Mitte der nächsten Woche zwei Ueberrückungsausschüsse der Militärenten in Berlin ein treffen. Die ungeheure Zahl von Zimmern und Geschäftsräumen, die von den Ausschüssen gefordert werden, legt der Regierung zunächst nahe, für diesen Zweck Schläfer in Aussicht zu nehmen. Diese Nacht habe sich jedoch als undurchführbar erwiesen. Es seien nunmehr die Hotels „Kaiserhof“, „Ebenhotel“, „Carlton-Hotel“ und „Hotel Saxonie“ zur Unterbringung in Aussicht genommen, ferner die militärtechnische Akademie. Die Bemühungen der Regierung, den Umfang der Ausschüsse herabzusetzen, seien erfolglos geblieben. Insgesamt werden Schätzungsweise die Kosten der Unterhaltung der gesamten Besatzungsmenge der Militärenten bis 3 Milliarden Mark jährlich betragen. Der Minister betonte die ungeheure Last dieser Kosten für das Deutsche Reich und bemerkte, daß dieses Vorgehen eine bedauerliche Ausnutzung der deutschen Kapitalkraft darstelle. Diese Mitteilung des Reichsministers rief im Ausschuß allgemeine Entrüstung hervor. Berichterstatter Abg. Sielken (Soz.) erklärte, daß man mit der Deckung so ungeheurer Summen nicht rechnen könne. Die Ansprüche der Entente gehen in dieser Hinsicht weit über das Maß der Billigkeit hinaus; solche Bedingungen müßten den Ruin Deutschlands zur Folge haben. Weiter wies der Berichterstatter auf die große Hotelnot in Berlin hin, die sich durch das Ausschleiden der dortigen noch wesentlich verschärft hätte. Im Anschluß daran wies Abg. Jaffé (Dem.) auf das anmaßende Verhalten der Soldaten und Offiziere der Militärenten im besetzten Gebiet hin. Es werde für deutsche Rechnung eine ungeheure Veranschlagung getrieben.

Die unerwähnte Entente.

Paris, 16. Oktober. (Havas.) Der Oberste Rat billigte den Entwurf einer Note, die an die deutsche Regierung geschickt werden wird, in der die Auslieferung der deutschen Schiffe an die Militärenten und Offizierentente gefordert wird, die während des Krieges an niederländische Schiffsfahrts-gesellschaften abgetreten wurden und sich jetzt in deutschen Häfen befinden. Der Verkauf wird für nichtig und ungültig erklärt.

Amerikan. Truppen für Oberschlesien.

Das amerikanische Kriegsministerium gibt bekannt, daß 600 Mann amerikanische Truppen am Freitag nach Drest geschickt werden, um als amerikanische Besatzung an den Rhein gebracht und von dort weiter nach Oberschlesien für die Zeit der Volksabstimmung geführt zu werden.

Der Rücktransport der Zivil-Internierten aus Frankreich.

Warschau, 16. Oktober. Die „P. B. N.“ erfahren, der deutsche Waffensachverständigen-Kommission in Düsseldorf am 13. Okt. mitteilen lassen, daß die in Lyon, Drest und Nantes internierten deutschen Zivilpersonen in vier Zügen über Straßburg und Mainz nach Frankfurt a. M. zurückgeführt werden sollen. Es kommen im ganzen ungefähr 700 bis 750 Zivilpersonen in Frage, davon 25 % Frauen und Kinder. Der erste Transport wird am 20. Oktober von Lyon ausgehen, der zweite am 25. und 26. Oktober von Drest und der dritte am 2. November von Nantes. Die deutsche Regierung werde gebeten, die erforderlichen Transportmittel zur Verfügung zu stellen.

Eine schwere Niederlage der russischen Roten Armee in Ost-Turkestan.

Die „Times“ melden von der Ostfront, daß am 12. Oktober die Rote Armee in Ost-Turkestan umzingelt und gezwungen wurde, sich bedingungslos zu ergeben. Es wurden ungefähr 33 000 Gefangene gemacht. Die russische Nordarmee hat, wie „Finska Rotisbyrå“ fährt, am Dienstagabend den wichtigen Ettenbaha-Knotenpunkt Gatschina, südlich Petersburgs eingenommen. Durch die Eroberung ist festgestellt worden, daß der weitere Weg bis nach Petersburg nur durch geringe Hindernisse gehindert ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Düren.
Bei den Stadtratswahlen in Düren im Rheinland über alle bürgerlichen Parteien ganz beherrschend an Stimmen, einzig und allein die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahl gesteigert und damit in dieser schwarzen Demasie mit dem Schicksal der Städteordnungsverwaltung verbunden. Diese Wahl beweist deutlich genug, daß man von einem nach rechts oder ganz links im Rheinland keinesfalls sprechen darf. Allerdings wird man sich auch hüten müssen, eine solche Verallgemeinerung zu verüben und zu übertrieben, wie das der „Unabhängigen“ beliebt ist. Gerade im Rheinland besteht die Sozialdemokratie ausgerechnet, weil sie dort ganz über die Köpfe der Kampfer des Reichstums gegen den feindlichen Kapitalismus ist.

Und diese Tatsache gibt einen Fingerzeig, auf welcher Grundlage die Sozialdemokratie erfolgreich arbeiten kann. Wir haben nicht den mindesten Grund, uns wegen unserer Haltung im Kriege zu schämen oder zu entschuldigen. Sie war diktiert von der Einsicht, daß, wenn auch noch die alten Gewalten herrschen, das Schicksal der deutschen Zukunft doch das Schicksal der Arbeiterklasse sei. Seitdem wir auch formell die Regierungsgewalt übernommen haben, ist das natürlich in noch weit höherem Maße der Fall. Eine Klasse kann in einem Staate nicht herrschen, wenn sie nur ihre eigenen Interessen verfolgt. Will sie die Herrschaft dauernd behalten, muß sie sich vielmehr zum Träger des Staatsgedankens und zum Träger der allgemeinen Interessen des ganzen Volkes machen. Wenn das Verrat an Klassenkampf sein soll, so hat ihn noch jede Klasse geliebt, die dauernd an der Herrschaft gewesen ist. Wo immer in der Vergangenheit Junker und Bourgeois regiert haben, haben sie zwar ihre Interessen in den Vordergrund gerückt, aber niemals so ausschließlich vertreten, daß die Lage der anderen Klassen unerträglich geworden wäre. Die preussischen Junker haben sich vielmehr stets in höchstem Maße bemüht, auch die Ansprüche der Industriellen zu befriedigen, und wo die städtische bürgerliche Klasse geherrscht hat, ist sie stets bis zu einem gewissen Grade den Wünschen der Bauern und den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter gerecht geworden. So muß auch die deutsche Sozialdemokratie sein, wenn sie die Leitung des Staates in Händen haben will. Wo am klarsten zutage tritt, daß sie es ist, wo die deutschnationale Klasse, daß wir das Land verraten, auch bei den Dummsten keinen Glauben mehr finden kann, da ist uns der Sieg am sichersten.

Die Inskriptsteuer.

Der Ausschub der Nationalversammlung für die Umstellung hat Dienstag, vorbehaltlich der endgültigen Stellungnahme in der zweiten Lesung, mit allen gegen die Stimme des „Unabhängigen“ die Inskriptsteuer angenommen, die sich in dem Paragraphen 30 des Umstehungs-gesetzes befindet. Den Gedanken der Differenzierung der Steuern lehnte der Regierungsvorsteher ab, da einer der Hauptvorzüge der Steuer ihre Einfachheit sei. Die Grenze zwischen Inskriptsteuer und anderer Besteuerung sei zu flüssig, auch die Inskriptsteuer wurde unter Berücksichtigung eines Antrages der Deutschen Volkspartei, die Minimalbesteuerungsgrenze von 2 auf 3 Mark heraufzusetzen, angenommen.

Der Untersuchungsausschuß.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß wird kommenden Dienstag in öffentlicher Sitzung im Reichstagsgebäude einen Bericht des Abg. Dr. Singheim an den Geheimrat hören. Am Mittwoch wird in öffentlicher Sitzung die erste Berichterstattung stattfinden und zwar die des Volkschafers Graf Bernstorff. Als erster Untersuchungsausschuß hat die Kommission zur Prüfung der Friedensmöglichkeiten ihre Arbeiten bereits aufgenommen. Die Veröffentlichung der deutschen amtlichen Dokumente bis zum Kriegsausbruch steht nunmehr unmittelbar bevor.

Die Streiklage in Berlin.

Nach langen Verhandlungen der Delegierten des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Metallindustriellen vor dem Reichsarbeitsministerium wurde die Sitzung am 14. Uhr abends abgebrochen, doch ist zwischen beiden Parteien eine Annäherung erzielt, da sich beide in ihren Forderungen und Wünschen einig geworden sind. Man kam überein, daß beide Parteien bis zum Freitag abends 6 Uhr dem Reichsarbeitsministerium bekannt geben sollen, ob sie sich auf den von den Verhandlungen sich ergebenden Grundlage zu neuen Verhandlungen stellen wollen oder nicht. Jedenfalls werden die Verhandlungen am Sonnabend wieder aufgenommen.

Im Streik der städtischen Hilfsarbeiter haben sich eine große Reihe von Kräfte gemeldet, so daß die Zahl der Anstellungsuchenden zum Teil größer war, als die der Streikenden. Im Laufe des Tages fanden zwischen Stadtverordneten und Streikenden Besprechungen statt, nach deren Ergebnis angenommen wird, daß die Streikenden schon heute, Freitag, in großer Zahl die Arbeit aufnehmen werden.

Neutöln war Donnerstag ohne Gas. Auch die Friedhofsarbeiter in Neutöln sind in den Streik eingetreten. Die Straßenbahnen verkehren zurzeit noch, doch sind Bestrebungen im Gange, auch diese lahmzulegen.

In den größeren Druckereien Berlins (Ploffe, Scherl) haben Donnerstag wegen des Streiks in den Elektrizitätswerken keine Blätter erscheinen können. Es ist sehr fraglich, ob auch heute die Zeitungen herauskommen können.

In Charlottenburg konnten nur wenige Straßenzüge mit Licht notwendig gespeist werden, während die große Mehrzahl aller Straßen und Häuser ohne Licht war. Spät abends griff die Technische Nothilfe ein und besetzte die städtischen Elektrizitätswerke, so daß ein Teil der Stadt wieder mit Licht versehen werden konnte.

Entlarvte Demagogie.

In der preussischen Landesversammlung hat Mittwoch der „unabhängige“ Kolnfeld lang und breit über die unerhörte Niedertracht geredet, daß man ihn für einen Besucher von Spielclubs gehalten hätte. Die „Unabhängigen“ könnten auch von manchem Rechtssozialisten manches erzählen, aber sie führten den Kampf nicht so handgemein persönlich. Sie seien anständig, sie seien hoch, sie seien Gott weiß was noch alles.

Und während er so redete, kam das Abendblatt der „Freiheit“ heraus, und es fand darin ein langer Enthüllungsskizze über den mehrheitssozialistischen Polizeipräsidenten von Charlottenburg, der ein Freund des Spiels und auch des Weines sei, und dem es dabei auf die Polizeipolizei nicht ankomme. Dabei ist Richter Abtinent und rührt niemals eine Karte an. Aber das tut ja nichts zur Sache — die Hauptsache ist die moralische Entrüstung des Herrn Kurt Rosenfeld und ihre alsbaldige Befestigung durch die „Freiheit“.

Kleine politische Nachrichten.

Die englische Kommission in Köln legte die deutsche Regierung davon in Kenntnis, daß mit der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus den englischen Kolonien begonnen wurde.

Wie aus Amsterdam gebracht wird, hat der Oberste Rat in Paris bezüglich des Gebietes von Remel eine Antwort auf die Note der deutschen Delegation entworfen, in der er es ablehnt, mit Deutschland über diese Frage in Diskussion zu treten, da Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles auf seine Rechte über dieses Gebiet verzichtet habe.

Nach der „Agence Havas“ hat die holländische Regierung den Anzeshall Wilhelm II. in Holland und davon abhängig gemacht, daß er sich jeder öffentlichen Verbindung mit dem Ausland und jeder Auswanderung mit Journalisten entzähle. Wilhelm habe bisher noch niemals zuwidergehandelt. Wie seit dem Waffenstillstand in den Zeitungen veröffentlichten angeblichen Erklärungen des Ex-Kaisers seien daher aus der Luft gegriffen.

Starbald Loman von Sanders ist von der Entente in Freiheit gesetzt worden, ohne daß weitere Anklage gegen ihn erhoben ist.

Sämtliche indischen Truppen sind aus der englischen Besatzungsgewalt zurückgezogen worden, da sie in ihre Heimat befreit

werden. Dagegen werden die Senegaltruppen und die Marokkaner in Worms und Mainz überwintern. Erst bei einer bestimmten Sterblichkeitszahl soll der Abtransport der schwarzen Truppen nach Südfrankreich erfolgen.

Der „Matin“ meldet, daß das französische Große Hauptquartier endgültig am 20. Oktober aufgelöst wird. Die Rheinarmee wird durch das Kriegsministerium verwaltet und militärisch Marschall Foch unterstellt. Kriegsgebiet wird es nicht mehr geben.

Der Streik in Marseille umfaßt jetzt alle Kategorien der Schiffsbesatzungen, sobald kein einziges Schiff ausgefahren ist. Der „Nouvel Courant“ meldet aus Ottawa, daß das kanadische Parlament den Friedensvertrag mit Oesterreich genehmigt hat.

Dänemark.

Nordische Ministerkonferenz.

U. Kopenhagen, 16. Oktober. Wie „Estrabladet“ erzählt, wird Anfang November eine Ministerkonferenz zusammen treten, an der, wie bei den früheren Konferenzen, nicht nur die Staatsminister, sondern auch die Außenminister teilnehmen werden. Die Konferenz soll zwei Tage dauern und vor allem die Frage des Beitritts zum Völkerverbund behandeln.

Oesterreich.

Volksverrat.

Von Seiten der Regierung wurde eine Vorlage eingebracht, durch die die geltenden strafrechtlichen Vorschriften über Hochverrat und verwandte Delikte aufgehoben und Strafbestimmungen zum Schutze der neuen Verfassung erlassen werden. An die Stelle des Verbrechens des Hochverrats tritt das Verbrechen des Volksverrats. Ein besonderer Abschnitt handelt von den Strafbestimmungen gegen den Volkswillen.

Frankreich.

Zumitt in der Kammer.

Dem „Telegraph“ wird aus Paris berichtet: Der Gesetzentwurf der Regierung über die Reihenfolge der Wahlen hat eine Menge Interessenten nach dem Palais Bourbon gezogen. Lange vor Eröffnung der Sitzung waren die Tribünen dicht besetzt. Die Abgeordneten waren vollständig erschienen. Auf der Regierungsbank saß Clemenceau, umringt von seinen Hauptmitarbeitern, im lebhaften Gespräch mit Briand. Nachdem verschiedene Gelegenheitsreden von weniger Bedeutung angenommen worden waren, stellte Deschanel den Gesetzentwurf über das Datum der Wahlen zur Debatte. Als er mitteilte, daß der Abgeordnete Meunier eine Resolution zum Ausschub der Kammerwahlen eingereicht habe, wurde von verschiedenen Seiten protestiert. Inmitten des Protestes bestieg Meunier das Rednerpult. Er erklärte, daß er nicht fähig Vertrauen in die Ehrlichkeit der Regierung habe, daß er ihr erlauben würde, die Wahlen zu leiten. Sofort darauf entstand ein heftiger Tumult. Man warf Meunier seine Beziehungen zu Bostard, dem Freund Dubets, vor. Nichtsdestoweniger veruchte Meunier weiter zu sprechen, was ihm jedoch, als er Clemenceau des Hundels mit dem Feinde beschuldigte, durch ohrebetäubende Proteste unmöglich gemacht wurde. Geräusche Zeit blieb Meunier auf der Rednerbühne, währenddem die Erregung eine ungekannte Höhe erreichte. Nachdem er vergeblich versucht hatte, seine Rede fortzusetzen, war er gezwungen, das Rednerpult zu verlassen, ohne daß selbst die linke Seite ihm zur Hilfe kam.

Die Sitzung endete schließlich mit einem Siege Clemenceaus. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage und die Kammer beschloß mit 324 gegen 132 Stimmen, daß die Wahl für die Kammer den anderen Wahlen voranzugehen habe. Clemenceaus Gegner Briand hatte beantragt, zuerst die Gemeindevahlen vorzunehmen, um die Stimmung im Volk zu erkunden, und dann erst die Kammerwahlen, die über das Schicksal der Regierung entscheiden, folgen zu lassen. Clemenceau erwiderte, er vertraue dem patriotischen Geist der Bevölkerung und erwarte in Ruhe sein Urteil. Von den 132 Abgeordneten, die gegen die Priorität der Kammer stimmten, sind nach der „Agence Havas“ 67 unaffilierte Sozialisten, 9 republikanische Sozialisten, 46 Radikale und 10 aus verschiedenen linksstehenden Gruppen.

Die Dockarbeiter fordern mehr Lohn.

Der „Telegraph“ meldet aus London, daß der nationale Transportarbeiterverband alle britischen Arbeitgeber im Dockbetrieb zu einer allgemeinen Revision der Löhne aufforderte. Es werden Mindestlöhne von 16 Shilling pro Tag bei 44stündiger Arbeitswoche und eine Lohnerhöhung von 50 Prozent für Überstunden mit einem Minimum von 4 Stunden vorgeschlagen.

Belgien.

Revision der Verfassung.

Aus Brüssel wird dem „Telegraph“ gemeldet: Der Senat hat Mittwoch einstimmig den Gesetzentwurf zur Revision der Verfassung angenommen.

England.

Ein Volkshaus in London.

Durch Zusammenwirken von Arbeiterpartei, Gemeindefreien und Genossenschaften beabsichtigt man in London ein Volkshaus zu errichten, dessen Kosten auf 900 000 Pfund Sterling (13 Millionen Mark) veranschlagt werden.

Der Prozeß der „Gazette des Ardennes“.

U. Amsterdam, 16. Oktober. Der „Telegraph“ berichtet aus Paris: Im Prozeß der „Gazette des Ardennes“ hat der Staatsanwalt gegen sieben Angeklagte die Todesstrafe beantragt. (Die „Gazette des Ardennes“ war ein Blatt, das während des Krieges von der deutschen Heeresverwaltung für die französische Bevölkerung im Operationsgebiet herausgegeben wurde. Red.)

Persien.

Aufstand in Aserbeidschan.

Wie „Tribune de Geneve“ aus amtlicher Quelle erfährt, ist die Provinz Aserbeidschan im Aufstand gegen die Regierung in Teheran begriffen. Die Unruhen haben ihre Ursache in dem perliisch-englischen Abkommen. Der Generalgouverneur von Tabris ist von den Insurgenten abgesetzt worden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Die neue Blockade der Ostsee macht sich im hiesigen Geschäftslieben sehr unangenehm bemerkbar. Im Hafen liegen etwa ein halbes Duzend deutscher Schiffe, die nicht ausfahren können. Es ist den unterwegs nach Deutschland befindlichen Schiffen noch gelungen, unverfehrt nach Lübeck zu kommen. Schwedische und finnische Schiffe verkehren unbehindert.

Ergebnis der Volkszählung. Die Stadt Lübeck hatte nach vorläufiger Feststellung am 8. Oktober 112 469 Einwohner. Bei der Zählung am 1. Dezember 1910 waren es nur 109 110. Danach hat sich die Bevölkerung unserer Stadt in den letzten 9 Jahren um rund 8 400 gehoben. Das ist für normale Zeiten bitter wenig, in Anbetracht des Krieges aber vielleicht doch noch einigermaßen befriedigend.

Ein fetter Hapen. Die „Lübeckischen Anzeigen“ veröffentlichten den angeblichen Brief eines Hamburger Kriegsgefangenen in England, der im alldeutschen Stil brombarisiert und die große Tat lobt, die 500 deutsche Offiziere hinterm Stacheldraht vollbrachten. Diese sangen dort „Deutschland, Deutschland über alles“, woraus der junge Mann schließt, daß „wir immer noch mächtig sind, wenn wir nur wollen.“ Es wird kräftig auf Erberger geschimpft und zum Schluß gesagt:

„Ich beneide oft Max und Paul, daß das Schicksal ihnen ver gönne auf dem Höhepunkte ihres Lebens zu sterben, daß sie nicht den Niedergang anzutreten brauchen in Mühsal und Mißtagsfleißlichkeit, daß sie nicht zu sehen brauchen, wie das Heer der Hohenzollern, wie ihr Lubendorff, ihr heiligstes Erbe, ge sefert wurde von Schwägern, Drückbergern und We r z e r n. Das sind aber nur Augenblicke der Schwäche. Mein! Wir Deutschen geseinten wollen das Schwert halt halten und stark und wach halten den Haß auf s neue weden. Ehre und Stolz und martens des Tages, wo wieder der Preußenmarsch die Herzen durchbebt und wieder ein got t b e z u f e n e r M a n n, wie es immer war, Deutschland zum Lichte führt.“

Nach alter Erfahrung werden derartige Briefe dort fabriziert, wo man sie zu durchsichtigen Zwecken braucht. Die Alldeutschen sind immer am mächtigsten gewesen, wo sie ihren Mund zur Volksverhetzung am weitesten aufreißen konnten.

Vom Hofsofenwerk. Der Geschäftsbericht dieser Aktien gesellschaft, an der auch der Lübbische Staat beteiligt ist, wird für das 14. Geschäftsjahr herausgegeben. Er beginnt mit dem üblichen Klagen über den verjüngten Kriegsausgang, bedauert die feie Verunruhigung des industriellen Lebens durch Lohnansprüche, Verlangen nach Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsunlust und schlüßfolgert aus einer Ueberpannung an sich berechtigter Forderungen den Zusammenbruch. Das Betriebsstrategie wird wörtlich nicht angeführt, aber damit angedeutet, daß „hoffentlich nicht unverständliche gefeliche Maßnahmen weiter dazu beitragen, die Schaffenstrakt der deutschen Unternehmer zu lähmen.“ Die Ueberführung in die Friedenswirtschaft hat auf die Dividendenverteilung nicht gütig gewirkt, aber es bleiben doch noch 10 Pro z e n t für diesen Zweck übrig. Die Selbstkosten des Betriebes sind u. a. durch die andauernden außerordentlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen erheblich gewachsen. Sie sind ferner gesteigert durch die Preiserhöhungen für Kohlen und Koks, durch die Verschlechterung der Valuta und die Verteuerung der überseeischen Erze, die erhebliche Erhöhung der Bahn- und Wasserfrachten und die drückenden Kosten für alle Betriebs- und Beschäftigtenmaterialien. Von größter Bedeutung für die Zukunft des Werkes ist die Frage der Brennstofflieferung. Ohne die Zuteilung einer Mindestmenge, welche einem Existenzminimum entspricht und uns für die Dauer der Kohlenknappheit in den Stand setzt, in Lübeck mindestens mit zwei Hochöfen zu arbeiten, kann eine Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nicht erhalten bleiben. Die Beamten- und Arbeiterwoh nungen wurden um 72 vermehrt. Der Betriebsgewinn fiel sich einschließlich des Gewinnvortrages von 277 182,37 auf 3 757 415,93 Mark, hiervon gehen ab: Provisionen und Unkosten 207 133,08, Dividendenansprüche 103 635, Verlust und Miete-Konto 9 199,09, zusammen 319 967,17, es verbleiben 3 437 448,76 Mark. Der Ausschüttungsrat genehmigte als Abschreibungen 1 481 013,38, so daß ein Ueber schuß verbleibt von 1 956 435,38 Mark. Die Verteilung wird wie folgt vorgeschlagen: Zum Rücklage-Konto 1 300 000, 10 Prozent Dividende 850 000, Rücklage für die Kriegsteuer 800 000, Vortrag 8 435,38 Mark. Die Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter be trug im ersten Semester 1917, die Lohnsumme 1 778 840 Mark, und die Kohlenproduktion 81 683 Tonnen. Im zweiten Semester waren 1309 Arbeiter beschäftigt, die Lohnsumme betrug sich auf 3 268 892 Mark, und die Produktion fiel auf 49 779 Tonnen.

Nachdem, wie berichtet, der Schlichtungs-Ausschuß die An sprüche der Hofsofenarbeiter abgelehnt hat, hat eine Betriebsversammlung stattgefunden, die beschloß, Freitag eine ge heimliche Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses vorzunehmen. Generaldirektor Dr. Neumar hat an die Betriebsarbeiter einen Auf ruf erlassen, in dem er hervorhebt, daß es vollkommen unmöglich sei, bei den hohen Löhnen, die auf dem Hofsofenwerke gezahlt werden, der Arbeiterkraft in irgend einer Form weitere Zugeständnisse zu machen. Im September habe der Durchschnittsverdienst aller Hofsofenarbeiter des Werkes 22,38 Mark pro Schicht betragen. Hierzu komme noch der Wert des billigen Brennmaterials (70 Ztr. Koks zu 1,20 Mark pro Zentner), was bisher 1,25 Mark bei den heutigen Preisen aber 1,90 Mark pro Schicht bedeute. Weiter wird auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche eine Stockung der von uns mit den größten Mühen durchgeführten Materialzufuhr, insbesondere der Brenn stoffzufuhr, nach sich ziehen werde. Die Zufuhr an Kohlen, Koks, Kalkstein usw. würde bei einer Arbeitseinstellung sofort gesperrt werden und eine Wiederaufnahme würde die größten Schwierigkeiten bereiten. Ueber die Ansprüche können umsoweniger verhan delt werden, als der erst vor kurzem von beiden Parteien unter schriftliche Tarifvertrag bis zum 1. Dezember ds. Js. seine Gültigkeit habe.

Was wir in der nächsten Woche bekommen. Von den unter Marktwang stehenden Lebensmitteln usw. werden in der nächsten Woche abgegeben: Brot und Mehl: 2850 Gr. Brot oder, wahlweise, 2100 Gr. Brot und 180 Gr. 84/100iges Weizen mehl, sowie 250 Gr. ausländisches Roggenmehl oder, wahlweise 250 Gramm 84/100iges Weizenmehl, Kartoffeln: Auf Ab schnitt 6, Unterabschnitte 1-7 7 Bund, Mutter: 20 Gramm (86 Fennig), Margarine: 70 Gramm (49 Fennig), Zucker: Auf Abschnitt 194/198 je 125 g bis zum 28. Oktober. Süßholzwurzel 1 H-Packung zum Preis von 50 Pf. Saffran: 125 g (88 Pf. für 1 Pfd.). Fleisch (bis 19. Oktober): 200 g frisches Fleisch und Fleischwurst, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte. Auf jede Fleischsorte muß Fleisch und Fleischwurst ausgegeben, falls nicht nur Wurst gewünscht wird.

Ausgabe von Aufschüttmitteln. Aus der Nachrichtenabteilung des Landesverordnungsamtes wird uns geschrieben: Es be steht die Absicht, für diese Woche Marmelade auszugeben. Infolgedes Verhelfschungen in Hamburg ist es aber nicht möglich gewesen, die Waren rechtzeitig zu erhalten, weil die schon gemeldeten Wagen nicht eintrafen. Infolgedessen wird erst in der Verteilungswoche bis zum 1. November Marmelade ausgegeben werden können.

Schöffengericht. Wegen Bedrohung eines Schüh mannes hatte sich der Schlachtermeister M. am Donnerstag zu verantworten. Die Bedrohung wird darin erblickt, daß der Angeklagte einem Schühmann, der Ermittlungen in seinem Laden vornehmen wollte, mit dem Schlachtermesser fuchtelnd, hinaus ge trieben hat. M., der wegen ähnlicher Vergehen verurteilt ist, erhält wegen Widerstandes drei Monate Gefängnis. — Verpril g e l i hat der Arbeiter P. den Photographen M., weil dieser in unbedingter Weise in seine Wohnung eingedrungen war. P. wird wegen Körperverletzung und M. wegen Hausfriedensbruchs zu 10 Wk. verurteilt. — Eine n dummen Streich verübten der jugendliche Handlungsgehilfe B. und der Handlungslehrling L. Sie hatten Militärfahrzeuge gestohlen und zur Fahrt benutzt. Beide werden wegen Betrugs, B. zu 100 Wk. und L. zu 200 Wk. verurteilt. — Eine w e r p o l l e Tisch bedeckte Frau W., die sie, um sich Geld zu verschaffen, verkaufen wollte. Das Ger icht zieht ihre Forderung in Betracht und ermäßigt die erkannte Strafe von 10 Tagen Gefängnis auf 5 Tage. — T e u r e B u t t e r zu 26 Mark das Pund, vermittelt zu haben, wird der Wustler Sch. schuldig. Ein Gewinn wird dem Angeklagten nicht nachgewie sen.

Er wird daher nur wegen Vergehens gegen die Lebensmittelverordnung zu 6 Wk. verurteilt. — Eine K a s s e t t e i m M i l i t ä r l e i t e i c h wollen drei junge Burshen geklaut haben, deren In ter schlagung 3 Tage, während die Gefährde S., die vorbestraft sind, wegen des gleichen Vergehens eine Woche Gefängnis erhalten. — Die Anmeldung der Schweine unterlassen hat der Gärtner K., dafür muß er 20 Wk. zahlen. — Geldver sch l e b u n g n a c h d e m A u s l a n d e wird dem Kaufmann G. zur Last gelegt. Es handelt sich um 45 700 Mark, die G. zum Ankauf von Fett im Ausland verwenden wollte, dessen Ankauf von der Reichsstelle genehmigt war. Von einem Kriminalbeamten, der die Schiffspassagiere im hiesigen Hafen durchsuchte, wurde dieses Geld beschlagnahmt. Der Strafbefehl des Angeklagten lautete auf 1000 Mark, und außerdem sollte das ganze Geld eingezogen werden. Der Angeklagte und sein Rechtsanwält jagen erfreut von dannen, denn die Berufung hatte den Erfolg, daß G. freigesprochen wurde und somit ein kleines Vermögen rettete. — W e g e n S c h l e i c h h a n d e l hatten sich die Händler D., S. und M. zu verantworten. Sie hatten in Schlußup Bündlinge zum Kleiderverkauf in Lübeck für 5,50 Mark pro Kiste erworben, diese aber für 12,50 Mark an einem Berliner Händler weiterverkauft; auf Befehl wurde sie aber heute noch. Der Strafbefehl lautete auf 200 Wk. resp. 300 Wk. Geldstrafe und je eine Woche Gefängnis, außerdem sollte der Ge winn eingezogen werden. Die Berufung hatte insofern Erfolg, daß da sie für die Bündlinge überhaupt kein Geld erhalten haben, die Einziehung des Gewinnes fallen gelassen wurde. Wegen Preis treiberei wurden sie aber je zu 250 Wk. und drei Tagen Gefängnis verurteilt. Nun trauern sie um die nicht bezahlt erhaltenen Bünd linge, müssen drei Tage brummen und noch obendrein in den Beu tel greifen. So mühte es allen Preisstreibern ergeben.

Die Jahrestelle Lübeck des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 15. ds. Mts. ihre Generalversammlung ab. Die Ein nahme im 3. Quartal 1919 betrug in der Verbandskasse 11 910,62 Mark, dieser stand eine Ausgabe von 11 078,50 Mark gegenüber. Die Einnahme der Kassa betrug sich auf 29 141,55 Mark, die Ausgabe auf 19 361,02 Mark, somit verblieb ein Bestand von 9780,53 Mark. Der Vorsitzende Kollege Burckhardt berichtete über die Verhand lung mit dem Arbeitgeber-Schühverband, betreffend Einführung des Reichstarifes. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 15. Oktober tagende Versammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes hat Kenntnis angenommen von den letzten Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schühverband über die Anerkennung des durch die Zentralverhandlungskommission vereinbarten Reichstarifs. Die Versammlung verurteilt auf das schärfste den ablehnenden Standpunkt des hiesigen Schühverbandes. Sie beauftragt die Verwaltung und Vertrauensmänner, weitere Schritte zu beraten. Die Kollegen verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des Reichstarifes zu wirken.“

Deutsche Ferienkinder in Finnland. Aus dem Kuendami te wird uns geschrieben: Die herrlichen Sommerferien in Finnland haben jetzt ihr Ende erreicht zum lebhaften Bedauern aller Betei ligten. Der Dampfer „Baltic“ führte Sonntag, dem 12. Oktober, die letzten 50 Zugvögel in die Heimat zurück. Im ganzen haben 190 deutsche Kinder dort drüben jenseits des Wassers die rührende Gastfreundschaft gefunden. Es hatten sich sogar über 800 Familien zur Aufnahme deutscher Kinder bereit erklärt. Die für die teure Reise erforderlichen Mittel, — die einzelne Fahrt kostete 520 Mark, — waren unter der Hand überreichlich aufgebracht worden, doch der schwierigen Schiffsfahrtsverhältnisse halber konnte kaum ein Viertel der eingeladenen Kinder hinfüber gelangen. Wer aber diese Kinder bei der Rückkehr sah, der mußte seine helle Freude an ihnen haben; sah sie doch alle praktisch aus, die Muskeln straff und der ständige Körper gestärkt. Eins der Mädchen hatte nicht weniger als 15 Kilo zugenommen, und die Tochter eines Fabrikarbeiters hatte sich so verändert und sah so blühend aus, daß die elterne Mutter sie zuerst nicht wiedererkannte! Und wie reich beschenkt waren sie alle: mit strahlenden Gesichtern schleppten sie die Schätze, die forpende Meere ihnen noch mit auf den Weg gegeben hatte: warme Kleidung, Wäsche, Stiefel und zum Teil bis zu 10 Kilo Lebensmittel, die ihnen den Uebergang zu der schmalen Kost in der Heimat erleichtern werden. Das alles istf um so dankbarer anzuerkennen, als die finnische Bevölkerung bei der Hochsommerherr schaft im Sommer 1918 sich selbst Brot aus Moos baden mußte, um den Hunger zu stillen.

Der Zentralverband der Angefallenen ist bereit, den heimgekehrten Kriegsgefangenen, die ihre Wiedereinstellung auf Grund der Verordnung vom 3. September 1919 von ihrem Arbeitgeber fordern, volle Unterstützung durch Rat und Tat zu erteilen. Berufskollegen wollen sich vertrauensvoll an die Geschäftsstelle Warlegrube Nr. 27 wenden. Sie erhalten dort auch Auskunft darüber, welches Einkommen sie auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge bei ihrer Wiedereinstellung zu beanspruchen haben.

Die Arbeitgemeinschaft für Volksaufklärung veranstaltete am Donnerstagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen aufklärenden Frauenvortrag über Geschlechts krankheiten. Herr Dr. med. Siering beleuchtete seinen äußerst anregenden Vortrag durch gut ausgeführte Lichtbilder. Der Vortragende führte aus, daß es endlich an der Zeit sei, über Geschlechtskrankheiten zu reden und nicht die bisher betriebene Vogel streichpolitik weiter zu verfolgen. Wie nötig es ist, in dieser Beziehung Aufklärung zu schaffen, beweist, daß in manchen Ge genden 95 % der Bevölkerung geschlechtskrank sind. Der lehr reiche Vortrag wurde vom gutbesetzten Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung. Eine Wiederholung des Lichtbildervortrages des Herrn Dr. med. Siering über „die Geschlechtskrankheiten, ihr Wesen, ihre Ver breitung, ihre Bekämpfung“ findet am Sonnabend, dem 18. Ok tober, abends 8 Uhr in der Aula des Johanneums statt. (Siehe Inserat.)

Volksbildungskursus des Arbeiterbildungsvereins. Am Sonntag, dem 19. Oktober vormittags 9 1/2 Uhr ist in Zimmer 11-12 des Gewerkschaftshauses eine Zusammenkunft aller Teil nehmer. Als Verhandlungsgegenstand wird behandelt: Die Auf gaben der Betriebsräte nach dem Kriegsausbruch, wie er der Nationalversammlung zur Beratung vorliegt. Als Gäste sind die Arbeiterausfühsmittelglieder der einzelnen Betriebe willkommen, diese haben zur Deckung der Unkosten 20 Pf. Eintrittsgeld zu zahlen. Der Volkshochschulunterricht des Genossen Ballerstedt, Hamburg beginnt am Sonntag, dem 19. Oktober vor mittags 10 Uhr in Zimmer 11-12 des Gewerkschaftshauses. Die Teilnehmer werden erucht, pünktlich zur Stelle zu sein. Die Ge werkschaftshausleitung wird für angenehmen Aufenthalt Sorge tragen.

Stadttheater Lübeck. Die erste Vorstellung im Schauspiel gylus die am Sonntag, dem 19. Oktober stattfand, wird als Neuheit das alte Puppenstiel vom Doktor Faust bringen, dem Goethe bekanntlich die erste Anregung zu dem gewaltigsten Werk der Weltliteratur verdankt. In dieser Aufführung werden nur Gäste mitwirken. Die einleitenden Worte spricht Herr Heidmann. Der Beginn dieser Morgenfeier ist auf 10 1/2 Uhr festgelegt. Am Sonnabend geht zum erstenmal die melodische Operette von Johann Strauß „Eine Nacht in Venedig“ in Szene.

Polizeibericht. Mittels Einbruch gestohlen wurde in der Nacht zum 17. d. Mts. aus einer Kasse in Genin ein Arbeits-Selbstgeschirr. — In der Nacht zum 14. d. Mts. wurden aus einem Kleidergeschäft in der Wälderstraße mittels Ein bruchs Bekleidungsstücke und Stiefel im Werte von 1700 Mark gestohlen. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Travemünde, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft feldmäßig verfolgt wurde. Ferner wurde eine Arbeiterin von hier festgenommen, die einer Logierwirtin verschiedene Kleidungsstücke gestohlen hat. — In der Nacht zum Sonnabend sind mittels Einbruch aus einem Hause in Schwartau eine goldene Remontoiruhr mit dem Monogramm D. V. gestohlen. Ferner eine goldene Herrenuhr mit kleinen Gliedern, eine goldene Schlippenadel, 1 für die. Zweifelsbeziehung wird von

dem Geschädigten eine Befahrung von 800 Mark ausgesetzt. — Bei einer hiesigen Firma sind in der letzten Nacht mittels Ein bruchs gestohlen worden: 6 Meier Mantelstoff, 1 Blüschmantel, 1 Mantel, 2 Wafelsets und 1 einzelnes Jackett. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 1950 Mark. Für die Wieder herbeischaffung der Waren stellt die Firma 25 % des Wertes im Ausmaß.

Schwartau-Riesefeld, Fahrenwette. Am Sonntag, dem 19. Oktober, findet in Fahrensdorf die Fahrenwette des sozial demokratischen Vereins statt. Abfahrt Sonntag mittag 12 1/2 Uhr von Schwartau. Die Genossen und Genossinnen, die am Feste teil nehmen wollen, mögen sich rechtzeitig auf dem Bahnhofe ein finden.

Hamburg. Die Friseurgehilfen sind in eine Lohn be wegung eingetreten. Sie fordern statt 90 Mark, 90 Mark Wochen lohn und die 48stündige Arbeitswoche, sowie Beseitigung der Sonntagsarbeit. Das lehnten die Arbeitgeber ab, worauf ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses 75 Mark Wochenlohn und 51stündige Arbeitszeit festsetzte. Auch mit diesem Schiedspruch war die Innung nicht einverstanden. Es wurde zwar gesagt, daß an und für sich die von den Gehilfen verlangte und vom Schlichtungsausschuss teilweise zugestandene Lohnerhöhung den Verhältnissen entspreche, dagegen aber praktisch un durchführbar sei. Die Innung müsse den Schiedspruch ablehnen, so lange sie nicht in der Lage ist, eine andere Voreingelung für die Bedienungs preise vorzunehmen. Das Verbot der Gehilfenarbeit an Sonn und Feiertagen müsse abgelehnt werden.

Hamburg, Falschmünzerei. In einem Laden in Barm beck wurde eine große Geldmünzerei entdeckt und die Fäl scher mitten während der Arbeit überrascht. Insgesamt wurden acht Personen festgenommen. Außer der vollständigen Drucker einrichtung wurde zahlreiches Material, sowie ein Posten falscher Fünfsig-Markcheine im Werte von über 100 000 Mark beschlagnahmt. Die Falschcheine sind der Ausgabe vom 30. 11. 1918 nach gehämt.

Mitna, Raubüberfall auf dem Staatsbahn hof Eidelstedt. Als der Stationsvorsteher Erengruber in seinem Amtszimmer mit dem Zähler der Teuerungszulagen für die auf dem Rangierbahnhof Halftenbed tätigen Arbeiter beschäf tigt war, drangen plötzlich zwei oder drei Männer in das Zimmer und bedrohten den Beamten mit Revolvern. Sie stießen dem E. ein im Zimmer liegendes Handtuch in den Mund und festelten ihn. Dann eigneten sie sich die auf dem Tische liegenden 950 000 Mark an und entflohen. E. wurde später ge fesselt aufgefunden. Bemerkenswert ist, daß die im Nebenzimmer beschäftigten Beamten erst durch das Röcheln des E. auf den Vor gang aufmerksam wurden. Zu einer Verfolgung der Räuber war es da längst zu spät; von ihnen fehlt jede Spur.

Bremen. Der Straßenbahnstreik, der am 23. Sep tember begonnen hat, dauert trotz aller Einigungsversuche immer noch an. Für heute Vormittag sind wiederum Besprechungen anberaumt, in denen man hofft, nunmehr die Grundlagen feststellen zu können, auf denen eine Einigung zwischen Straßenbahnern und Streik befindlichen Metallarbeitern, etwa 2500, werden sel tens der Direktion erst dann wieder eingeleitet, wenn die Arbeiter einem neuen Afford-System zustimmen. Das Abfahrts-Werk will jedem Arbeiter ein Mindesteinkommen garantieren. Wird die da für geleistete Minderarbeit verrichtet, tritt automatisch ein Auf schlag von 10 Prozent auf den Mindestlohn ein; außerdem wird für jede Mehrleistung Stücklohn gezahlt.

Bremen. Verabte Liebesgaben. Vergangene Woche traf mit Dampfer „Jaca“ aus Nework die erste Sammelladung amerikanischer Liebesgaben ein. Die Sendung von etwa 2000 Stück bestand in der Hauptsache aus 8-10 verschiedenen Packungen, von durchschnittlich 20-30 Kilogramm. Der Inhalt bestand größtenteils aus Lebensmitteln (Schinken, Speck, Hülsenfrüchten, Zucker, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürz u. dergl.) und aus Zeug- und Schuh waren. Da der Dampfer wegen Maschinenschadens längere Zeit in England gelegen hatte, waren die Fleischwaren zum Teil völlig verdorben. Leider sind auch große Verabungen der Sendungen vorgekommen, und zwar, wie kollamillig einwandfrei ermittelt werden konnte, schon vor Ankunft im hiesigen Hafen. Gleich beim Öffnen der Kadelufen wurde erbrochene und leere Kisten gefun den; und noch mitten in der Ladung, die im übrigen aus Baum wolle bestand, lagen leere Pappumschließungen von Leibwäsche und Unterzeug, alte Schuhe und altes Zeug umher, sogar Schotafade tafeln wurden lose zwischen den Baumwollballen gefunden. Der Verdacht, daß die Liebesgaben sendungen bereits bei der Beladung in Amerika beraubt sind, liegt hiernach auf der Hand und wurde auch von Angehörigen der Schiffsbesatzung als begründet zuge geben. Wir legen Wert auf die Feststellung dieser Tatsache, um die deutschen Hafenarbeiter wie die Zoll-, Eisenbahn- und Post beamten vor etwaigen falschen Verdächtigungen, namentlich durch die Empfänger der Liebesgaben im Inlande, zu schützen.

Reich und Ausland.

Starker Schneefall trat Donnerstag in Mitna ein. Ein neues Seilmittel gegen Lungentuberkulose ist in einem Hospital in Paris in 165 Fällen ausprobt worden. Ungeblit wurden von den Lungenkranken 24 so gut wie geheilt; 42 befanden sich auf dem Wege der Besserung.

Neueste Nachrichten.

Eintritt des Bauernbundes in die bayerische Regierung. U. München, 17. Oktober. Die Einigungverhandlungen der Koalitionsparteien im bayerischen Landtage konnten nunmehr zu einem günstigen Ende geführt werden. Die Fraktionen hatten die Möglichkeit, sich auf eine gemeinsame Kundgebung zu einigen und so wird die Koalitionsregierung, wie bisher, die Geschäfte des Landes leiten. Es ist eine erweiterte Grundlage durch die Hinzugabe des Bauernbundes der Regierung ermöglicht worden.

Die Beendigung des Frankfurter Eisenbahnkonfliktes. U. Frankfurt a. M., 17. Oktober. Unterstaatssekretär Geaef war als Beauftragter der Reichs- und Landesregierung nach Frankfurt gekommen, um im Eisenbahnkonflikt zu vermitteln. Die letzten Vorgänge wurden in einer Konferenz eingehend besprochen. Herr Geaef teilte mit, die Staatsregierung habe bereits am Dienstag beschlossen, dem Verlangen auf Zulassung des Verlehrsaußschusses in Frankfurt a. M. und damit aller Direktions arbeiterseite bei den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen zu dem Präsidialentscheidungen nachzukommen. Damit ist die Hauptforderung, die den Ausgangspunkt des ganzen Konfliktes bildete, erfüllt. In der Konferenz waren alle Parteien, auch die Mitglieder des Verlehrsaußschusses darüber einig, daß nunmehr, nach der Klärung der Lage, die Forderung nach dem Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Dr. Stapp und es anderen Direktionsmitglieder hinsichtlich gewor den sei.

Norwegen reflektiert nicht auf die Murmanküste und auf Deutsch-Dnistrka.

U. Kopenhagen, 17. Oktober. Der norwegische Minis ter des Äußeren jagte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „National Tidende“, die Gerüchte über eine Uebergabe der Murmanküste an Norwegen seien vollständig aus der Luft gegriffen. Norwegen habe nicht den Wunsch, diesen Küstenstreifen zu er werben. Auch die Vermutung, daß Norwegen vom Obersten Rat Kolonialgebiet in Deutsch-Dnistrka angeboten sei, entbehre jeder Grundlage.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meier & Co.
Schilling in Lübeck.

Stadthallen - Lichtspiele

Lübeck

Mühlenbrücke 13

Ab Freitag, den 17. Oktober 1919:

Die Lumpenprinzessin

Die reizende Geschichte eines widerspenstigen Komtesschens
mit **Gunar Tolnaes** und **Clara Wieth**.
5 Akte.

Der Schandfleck

nach dem Roman von Ludwig Anzengruber.
4 Akte.

In der Hauptrolle die Wiener Schauspielerin **Liane Haid**.

8800

Die Musik wird vom großen Orchester unter der Leitung des Herrn **Franz Gödel** ausgeführt.

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Gg. Reparaturwerkstatt. 5718

Handbare Hosenträger
Weiße Kragen
zum Selbstwaschen,
Strawatten 8781
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Extra starke Hand-
Blodwagen
3-8 Jtr. Tragkraft
Karl Schulmerich,
(8782) Mühlenstr. 28.

Moderne Schmucksachen,
Trauringe, versch. Preisl.,
Bestecke, Silber und verübert
Goldschmied Tollgreve,
5780) 92 Königstr. 92.

Die Verfassung
des
Deutschen Reiches
vom 11. August 1919.
Terausgabe
mit Sachregister.
Preis Mt. 1.10.
Buchhandlung
Jr. Meyer & Co.

Umpressen
und Färben
von Damen- und Herren-
Gütern nach der neuesten
Mode. (8792)
Mein Geschäft befindet sich
jocht Glockengießerstr. 67.
Job. Mathisen, Gutmacher.

Pa. Kräutertafel
empfiehlt (8808)
H. Zingelmann
9a Bujefischstraße 9a.

Wir verkaufen
außerordentlich billig:

Bürstenwaren

Scheuerbürsten 75. 40. 4	Gläserbürsten 65. 25. 4
Eckenbürsten 1.75 1.10	Zylinderputzer 95. 65. 4
Leinwagen 2.25 1.25	Kleiderbürsten Borste 4.50 2.75
Straßenbesen 90. 60. 4	Schuhbürsten Borste 3.85 1.75
Teppichfeger 4.25 3.75	Auftragbürsten Borste . . 55. 4
Handieger 5.75 4.25	Fensterbürsten Gummischw. 2.50

Blechwaren

Petroleumkannen 2.25 1.25	Ofenschirme 28.50 18.75
Spirituskocher 3.85 2.75	Kohlenkasten 22.75 12.75
Kaffeebrenner 9.50 6.25	Kohlenschüttler 11.25 10.50
Wärmflaschen 9.50 8.50	Kohlenschaufeln 2.50 1.45
Leibwärmer 5.50 3.95	Feuerzangen 1.85
Fegebleche 3.25 2.75	Feuerhaken 1.85

Aluminium-Geschirr

Kaffeelöffel 35. 65. 4	Seifendosen 1.85
Kinderlöffel 85. 4	Dosen mit Schraubdeckel . 2.65
Edlöffel 95. 4	Salz- u. Pfefferstreuer . . 2.85
Teestebe 95. 4	Schöpf- u. Schaumlöffel . . 4.25

Ein Posten

Rein Aluminium-Kochtöpfe

mit Deckel, unbordiert, 2 mm stark, geschliffen

Durchmesser 18 cm	20 cm	22 cm	24 cm	26 cm
18.75	22.75	26.75	29.75	33.50

Im III. Stock:

Lampen und Zubehörteile
für Gas, Elektrizität und
Petroleum, sehr preiswert

Holstenhaus

G. m. b. H.

8810

Lübeck



**KLEINHAUS UND SIEDLUNG
AUSSTELLUNG
IM JOHANNEUM,
VOM 19. OKTOBER BIS 2. NOVEMBER
GEÖFFNET TÄGLICH VON 10 BIS 4 UHR
EINTRITT FREI**

Vorträge

in der Aula des Johanneums, abends 7 1/2 Uhr.

Nach den Vorträgen freie Aussprache.

8790

1. Woche:

- Montag, den 20. Oktober.
Baudirektor Baitzer: „Stand der Wohnungs- und Siedlungsfrage mit Berücksichtigung der Lübecker Verhältnisse.“
- Dienstag, den 21. Oktober.
Dr. Schomburg: „Die Notwendigkeit der Kleinsiedlungen.“
- Donnerstag, den 23. Oktober.
Baurat Virck: „Das Siedlungshaus.“
- Freitag, den 24. Oktober.
Garteninspektor Maaß: „Der Siedlungsgarten, Kleintierzucht.“

2. Woche:

- Montag, den 3. November.
Direktor Beyersdorf: „Geldbeschaffung für Wohnungsbau und Siedlung mit Rücksicht auf die Lübecker Möglichkeiten.“
- Dienstag, den 4. November.
Direktor Dr. Link: „Wohnungsfürsorge und Ansiedelung von Kriegsverletzten.“
- Donnerstag, den 6. November.
Hermann Brehmer: „Siedlungsamt.“
- Freitag, den 7. November.
Architekt Schürer: „Die Gestaltung einer zeitgemäßen Siedlung.“

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Baukempner-
Versammlung**
am Sonnabend, dem 18.
Oktober, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
8814) Die Ortsverwaltung.

Nur
im **Biophon**

Erstaufführung.
Ein Liebespiel vom Leben und vom Tode in 5 Akten.
Sündiges Blut. Sittenrama
5 Akte.
Helga Molander, Julius Geisendorfer, Max Mock.
Erstaufführung.
Junge Dame aus guter Familie. Gesellschafts-
drama. 3 Akte.
Alfred Abel, Ethel Schare. 8796
Das Verlobungsboot. Lustspiel.

Deutsche Nationalversammlung.

100. Sitzung.

Berlin, 16. Oktober, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Schiffer, Dr. Bell, Koch.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der mündliche Bericht des 15. Ausschusses (parlamentarischer Untersuchungsausschuss) betr. die Unterausschüsse, den Arbeitsplan und die Vernehmung von Zeugen.

Der Ausschuss beantragt unter anderem, daß sämtliche von den Untersuchungsausschüssen zu vernehmenden Beamten von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit entbunden werden.

Dr. Petersen begründet den Antrag und erklärt, im dritten Teile desselben müsse gelagt werden: „sämtliche von den Untersuchungsausschüssen zu vernehmenden jetzigen und früheren Beamten“, wobei beamtenähnliche Personen, das heißt solche, die auf Grund eines Dienstvertrages oder eines besonderen Auftrages für die Regierung tätig gewesen seien, in Frage kämen.

Nach kurzen sachlichen Ausführungen des Abg. Hausmann (Dem.) zur Geschäftsordnung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses erklärt

Reichsminister Koch: Seltens der Regierung habe ich keine Bedenken gegen den Antrag geltend zu machen.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag des 15. Ausschusses angenommen.

Es folgt die Interpellation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei betr.

die Zensur für Nichtigkeits-, gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur usw.

Dr. Mumm (DN): Durch die Wählblätter, die Kinos und nicht zuletzt durch den Infanterieteil der Zeitungen hat sich eine Schmutzwelle über unser Volk ergossen, wogegen mit allen Mitteln und mit möglichster Beschleunigung einzuschreiten Pflicht aller beteiligten Stellen ist. Von skrupellosen Geschäftsleuten wird das Kino ausgebeutet. Die sogenannten Aufklärungsfilms, einer den andern übertrumpfend, Gemeinheit auf Gemeinheit häufend, haben dazu geführt, daß schließlich das Publikum selbst Stellung dagegen genommen hat. Diese Filme, die das Schamgefühl nicht nur verletzen, sondern geradezu tödlich treffen, müssen mit aller Macht bekämpft werden. Die Konfessionierung der Nichtigkeitsliste ist noch nicht geregelt. Ich persönlich möchte den Gedanken aufwerfen, ob hier nicht eine Sozialisierung am Platze wäre. (Zustimmung links.) Die Gemeinden könnten sich durch Übernahme der Kinos sehr große Einnahmen verschaffen. Unter der Revolution ist die Propaganda für die freie Liebe stark hervorgetreten.

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort Reichsminister des Innern Koch: Alle gesunden Kräfte unseres Volkes müssen zur Bekämpfung dieser unerträglichsten Mißstände zusammenstehen. Die Regierung wird mit größter Beschleunigung eine Vorlage für die Zensur der Kinos einbringen. Das neue Kommunalverwaltungsrecht wird den Gemeinden die Möglichkeit geben, ein Monopol des Kinowesens zu errichten. Bei der Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sind umfangreiche Befragungen mit Männern der Kunst und Literatur erforderlich.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach wird die Besprechung mit der Beratung des Haushalts für das Ministerium des Innern verbunden.

Koch (SD.) berichtet über die Ausschuhverhandlungen über diesen Haushalt.

Dazu liegt der Antrag der Abgeordneten Frau Agnes (US.) und Genossen vor: „Das Gesundheitswesen ist auf der Grundlage der Vergesellschaftung und der Unentgeltlichkeit des Heilwesens und der Geburtshilfe sowie der Vergesellschaftung der Herstellung und des Vertriebens von Arzneien und Heilmitteln durch ein Reichsgesundheitsministerium zu verwalten.“

Reichsminister des Innern Koch: Meine Absicht ist es, mein Amt sachlich und ohne Voreingenommenheit zu führen. Mich leiten zwei Gesichtspunkte. Im Reiche ist die öffentliche Ordnung wieder herzustellen und dann ist eine ganze Reihe von Gesetzen der Neuzeit anzupassen. Ich stelle bewußt die Wiederaufrichtung und Aufrechterhaltung der Ordnung in den Vordergrund. Freiheit und Ordnung, eines wird ohne das andere nicht bestehen. Unsere Aufgabe ist es, den ruhigen Entwicklungsgang zu fördern und zu sichern. Ich bin mit dem hochverehrten Herrn Reichswehrminister vollkommen einig, daß die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung aus den Händen des Militärs in die Hände der bürgerlichen Behörden zurückzuführen ist. — Zunächst müssen wir eine Wasserpolizei schaffen, sodann muß der Kriminalpolizei für das ganze Reich im Reichsamt des Innern ein

Heim geschaffen werden. Den Gedanken einer reichseigenen Polizeilehne ich dabei ab. Weiter müssen wir Rechtsicherungen schaffen, da ist die Einführung eines neuen Schulhaftgesetzes dringlich. Sodann ein geordnetes Fremdenrecht. Reichseinheit ist noch nicht Einheitsstaat. Der Weg zum Einheitsstaat ist freigelegt. Die Stellung des Reiches ist eine überragende geworden. Jede Frage, wenn sie für das gesamte Reich von Bedeutung ist, ist eine deutsche Frage.

— Die gegenwärtige Zeit ist noch nicht dazu angetan, die Streitigkeiten über die Neugliederung des Reiches endgültig zu lösen. Inzwischen muß der Unterschied zwischen Land und Provinz allmählich und vorfristig überwunden werden.

In die Lösung der Beamtenfragen muß herangegangen werden. Mit der Regelung unter Mitwirkung der Beamten wird man auch der Korruption begegnen können, die erst im Kriege so erschreckend hervorgetreten ist. Mein Ministerium ist zur Mitwirkung in allen Kulturangelegenheiten berufen, damit ist es gleichzeitig ein Reichskulturministerium geworden.

Wir haben alle Veranlassung, auch im Auslande kulturellen Einfluß zu gewinnen. In meinen Ressorts ist die nächstliegende Kulturfrage die Ausarbeitung einer neuen Schulgesetzgebung. Die Vorarbeiten sind im Gange. Es wird eine große Schulkonferenz im Frühjahr stattfinden unter Zugiehung aller Behörden und Fachleute ohne Unterschied. Die Schule darf nicht zum Agitationslokal heruntergerückt werden. Die in der Verfassung ausgesprochene religiöse Duldbarkeit wird von mir mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden. Chauvinismus in jeder Form ist zu verbannen, aber das nationale Bewußtsein soll in unserer Schule gepflegt werden. Eine wichtige Aufgabe ist weiter die Pflege der Wohlfahrt. Die Zukunft der deutschen Arbeit besteht in erster Linie in der Schaffung von Qualitätsarbeit, die nur Qualitätsmenschen leisten können. Für die Jugend kommt die Pflege von Leibesübungen sowie Einführung in das geistige Leben in Frage. Ein Kommunalverwaltungsrecht liegt im Entwurfe vor. Vor Experimenten, die unsere Volkswirtschaft weiter erschüttern und unseren Mittelstand gefährden, warne ich aber. Die Fürsorge der aus Elend-Verhältnissen vertriebenen Deutschen ist ein besonders wichtiges Gebiet.

Die Sorge für die aus dem Osten vertriebenen Deutschen liegt in erster Linie bei uns. Wir Deutschen sind alle arm geworden, dies sind aber die Vermittler der Armen, für die auch ein armes Volk Hilfe schaffen muß. (Beifall.) Den Klagen der Deutschen in den besetzten Gebieten wird nach der Ratifikation abgeholfen werden. Ein Reichskommissar ist bereits ernannt. In vielen Fällen sind Familien mit einer Frist von wenigen Stunden vertrieben worden. (Hört, hört! Wutruf!) Ihnen muß schnellstens geholfen werden. Die besetzten Gebiete müssen hinreichend mit Lebensmitteln versorgt werden. Auch die Vaterlandsliebe geht über den Magen. Eine weitere Aufgabe meines Ressorts ist die Feststellung der Kriegsschäden. Ein Vorkursus wird ausgearbeitet. Doppelt gibt, mir schnell gibt. Ein besonders wichtiges Gebiet ist das Gesundheitswesen. Hierin sind wir Jahrzehnte durch den Krieg zurückgekommen. Eine reichsrechtliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose ist im Gange. Das Irrenwesen ist auf das Reich übernommen. Der Alkoholmißbrauch soll durch Reichsgesetz bekämpft werden. Ein Hebammengesetz ist in Vorbereitung.

Das Landungsvermessungswesen ist auf mein Ministerium übergegangen, ebenfalls die Pflege des Kriegsgräberwesens. Auch ein armes, gedehntes Volk wird nie verlernen, seiner gefallenen Söhne zu gedenken. Alle diese Aufgaben lassen sich ohne eine Vermehrung der Beamtenschaft nicht lösen. Ich gehe an mein Amt ohne übertriebenen Optimismus heran. Die Stimmung im Volke scheint sich zu bessern. — Ungehener schwierige Verhältnisse stehen uns im Winter mit der Kohlen- und Verkehrsnot bevor. In diesem Winter wird das Schicksal unseres Volkes entschieden. Nach meiner Meinung ist auf Jahre hinaus in Deutschland weder eine Regierung ohne Arbeiter, noch eine allein durch Arbeiter möglich. (Sehr laut.) Ob wir Demokraten nachher einzutreten haben oder nicht, ist Sache zweiter Ordnung. Ich bitte um Hilfe des Hauses bei meiner Pflichterfüllung. (Veh. Beifall.)

Dr. Braun-Franken (Soz.): Trotz der Abtreibung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums hat der Reichsminister des Innern eine gewaltige Aufgabe zu leisten. Wir sind noch weit entfernt von einer organischen Verteilung unserer Verwaltung, wie sie dringend notwendig wäre. Wir müssen endlich mit der Reichssteuerreform beginnen und zu einem Reichsfinanzgesetz kommen. Wir verlangen die Vereinfachung des Unterrichts- und Erziehungswesens im ganzen Reiche, auch die Übernahme der Kosten auf das Reich. Es ist jetzt der geeignete Zeitpunkt, die Lasten für Schule und Universität auf das Reich zu übernehmen. Alles, was in Kunst, Erziehung und Unterricht über den Rahmen der Einzelstaaten hinausgeht, muß vom Reich übernommen werden. Das Reichsamt

des Innern muß auch Stellung gegen die kulturwidrigen Einflüsse nehmen, die sich jetzt überall breit machen. Der Krieg hat uns ungeheure Opfer an Menschenleben gekostet. Die Kommunalverwaltung des Kinowesens würde mit einem Schläge alle Schäden beseitigen. Den Homosexualismus sehe ich zwar nicht als ein Vergehen, sondern als eine bedauerliche Krankheit an, aber ihn zu empfehlen, das ist ein Verbrechen. (Sehr richtig! links.) Eine erste wichtige Folge des Krieges ist die Abnahme des Alkoholismus, wir dürfen ihn nicht wieder aufkommen lassen. Die deutsche Wissenschaft wird hoffentlich unserem Volke das Ansehen in der Welt wieder erörtern, um das uns der Militarismus gebracht hat. Die Mittel für das Germanische Museum sicherzustellen, muß eine wesentliche Aufgabe des Reiches sein. Wir wollen aber auch daran denken, dem Streberium, dem Byzantinismus, ein Ende zu machen. Wir sind keine Bilderstürmer. Mit Bewunderung sehen wir das Denkmal des Großen Kurfürsten auf der Kurfürstenbrücke und das Friedrichs II. Unter den Linden. Kein Mensch denkt daran, die zur Erhaltung dieser Denkmäler angelegten Beträge irgendwie zu schmälern, aber das Denkmal Friedrichs Wilhelms III. im Lustgarten zu erhalten, liegt weder im Interesse der Kunst, noch im Interesse der preussischen Geschichte. Auch sonst gibt es noch eine Reihe von Aufgaben, die das Reichsministerium des Innern zu übernehmen hat. Dazu gehört auch die Deutsche Bücherei in Leipzig. Aufgabe des Reiches ist es, dieses Denkmal deutschen Geisteslebens zu unterstützen. Das Institut zur wissenschaftlichen Erforschung des Zeitungswesens, das an der Universität Leipzig von Professor Bücher geleitet wird, hätte auch an diese Stelle gebracht werden müssen. Die Fürsorge des Reichsministeriums des Innern wird es sein, sich dieses wissenschaftlichen Schatzes zu versichern. Das Reichsarchiv, das alles vereinigen soll, was mit dem Kriege zusammenhängt und was nach dem Kriege geschehen ist, hätte auch die Aufgabe, die wissenschaftliche Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft zu ermöglichen. Wir erwarten von unseren Feinden, daß sie die Gräber unserer Gefallenen, die in ihrem Gebiete liegen, ebenso pflegen, wie wir die Pflege der Gräber der 1870/71 gefallenen Franzosen betreiben haben. Wir empfinden alle Sympathien für diejenigen Deutschen, die im unsicherheitsvollen Gebiete heute leben müssen. Wir wollen das Zugehörigkeitsgefühl der Rheinländer in Deutschland stärken. Wir wollen, daß diese Gebiete deutsch und mit unserer Kultur fest vereinigt bleiben. Es darf nicht zur Auswanderung angeregt werden nach den Ländern, die auch eine glückliche Zukunft haben dürfen. Der Deutsche, der heute auswandert, wird nirgends freundlich aufgenommen werden. Wir sind bereit, den Minister bei der Übernahme der Aufgaben mit zu unterstützen. (Mitteltiger Beifall.)

Frau Zettler (Z.): Die Jugendpflege darf nicht vergesellschaftet werden, sondern muß immer im Anschluß an die Familie geschehen. Die konfessionellen Jugendpflegeeinrichtungen haben Vorbildliches geleistet. (Sehr wahr! im Zentr.) Das Reich soll nur unterstützend mitwirken und die Frage des Jugendbuches gesetzlich regeln. Ein freier und ungestörter Jugendbuchhandel ist es, wie in den Städten durch neue Kinos die Wohnungen fortgenommen werden. (Beifall im Zentr.)

Kunze (DDP): Wir begrüßen die Arbeitsfreudigkeit des neuen Ministers und wünschen ihm bei Durchführung der Verfassungserfolge. Die Zustände im Kinowesen sind krankheitsähnlich, die Übergangszeit nach dem Kriege. Zum Kampf hingedrungen müssen auch das Haus, die Schule und die Frauen herangezogen werden. Der Film ist ein Kulturfortschritt ersten Ranges. Gefolgt werden kann nur durch Erziehung. Wir müssen eine Staatsbürgererziehung treiben in dem Sinne, daß der politische Ernst schon der Jugend klar gemacht wird, aber keine parteipolitische Erziehung in der Schule. Dort muß die Erziehung wahrhaft vaterländisch sein. (Beifall bei den Demokratien.)

Dr. Dehler (DDP): In früheren Zeiten haben wir für diesen Etat mehr Tage als diesmal Stunden gebraucht. (Hört, hört!) Es ist unmöglich, die Programmrede des neuen Ministers schon nach einer Stunde zu beantworten. Das heutige Ministerium des Innern ist mit dem früheren nicht vergleichbar. Redner empfiehlt sodann einen Antrag seiner Partei wegen der inneren Organisation und bemängelt die Stellenbesetzung.

Reichsminister Koch: Auch ich bin gegen eine übertriebene Zentralisation der Jugendwohlfahrt.

Dr. Feuermann (DDP): Ueber das Reichsschulgesetz bin ich als Lehrer besonders erfreut. Ein Reichsschulamt muß sich anschließen. Für die Kriegsgräber müssen Reichsmittel eingestemmt werden. Wie steht es aber mit der Pflege und Erhaltung unserer Kriegsgräber im Auslande?

Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr, vertagt.

Außerdem Anfragen.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

18. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Aber nicht weit davon ab.“
„Ich habe allerlei Gedanken...“ unterbrach er sie.
„Die schlagen Sie sich nur aus dem Kopf! Seien Sie lustig! Gott da wird gerade mein Lieblingswalzer gespielt. Schade, daß Sie nicht tanzen können... Auf Wiedersehen!“
Sie gab einem Herrn den Arm und glitt im Strom der tanzenden Paare davon.

Zuerst war Annas Lustigkeit nur Krampf gewesen. Sie hatte immer ans Ende denken müssen. Aber beim Tanz fühlte sie sich der Wirklichkeit gleichsam entrückt, wie berauscht von der Musik, vom Rhythmus, vom Champagner, von den Schmeicheleien. Sie hatte Reis auf den Wällen geglaubt, aber sie war doch immer nur eine von vielen gewesen. Heute war sie der Mittelpunkt, nicht nur die Schönste, auch die am schönsten gekleidete. Sie genoss das Glück mit durstigen Zügen und bergab den Rest. Nur wenn sie an Bert dachte, quoll der bittere Schmerz in ihr auf. Sie glaubte ihn zu hassen. Es sollte alles aus sein zwischen ihnen beiden. Und doch suchten ihre Augen ihn unwillkürlich, und es tat ihr weh, ihn mit anderen Mädchen lachen zu sehen. „Über an der Säule stand einer, der verschlang sie mit seinen finsternen Blicken. Sie schloß die Augen, wenn sie ihn sah. Das kalte Grauen kam sie an. Sie wollte nicht an ihn denken. Wenn der Morgen hereinbrach, wenn die Lichter trüb brannten, und die Musik schwieg, dann mochte er kommen und sich sein Samort holen.“

Horstmann hatte mit Bert gesprochen. Ihn war Annas Benehmen unerklärlich. Aber Bert machte ihm Mut. Die Sache stand brillant, nach seiner Ansicht würde Fräulein Düsback unbedingt ja sagen.

„Gehn Sie, trinken Sie 'ne Flasche Sekt, legen Sie sich 'ne recht schneidige Erklärung zurecht. Und dann losgehen!“
Eine Flasche Sekt hatte der Ingenieur getrunken, aber dann ging er hinaus. Vor der Garderobe standen schon verschiedene Damen, die sich zum Aufbruch rüsteten. Ein dieser Herr in kurzem Winterüberzieher, unter dem seine Beine in roten Trikots hervorschauten, hielt gähmend seiner Frau die Gümmilchbüchse hin. Horstmann ging durch eine Seitentür in den Garten. Der Regen hatte aufgehört, aber der Himmel war noch grauschwarz von schweren Wolken. Unter seinen Füßen knirschte der Kies. Gedächtnislang die Musik zu dem Plätschern des Wassers in der Dadrinne. Der Straßenlat glänzte fahl im grauen Dämmerlicht. Vor der Tür eines Hauses gegenüber stand mit nackten verkrüppelten Armen ein Baderbische, der sich frunzte zu den Droffeln hinüberbarrie.

In tiefen Zügen atmete Horstmann die frische Luft ein. Ihn wurde freier. Er suchte sich seinen Gemütszustand klar zu machen. Wie stand er denn zu dem Mädchen?

Er hatte sie in einer Gesellschaft gesehen. Sie war ihm durch ihre Schönheit aufgefallen. Als er hörte, daß ihr Vater ein angesehenen Regierungsrat gewesen sei, hatte er beschlossen, um ihre Hand anzuhalten, in dem Bewußtsein des reichen Mannes, der sich die, die ihm gefällt, aussuchen kann. In eine abschlägige Antwort hatte er kaum gedacht. Die Angst war erst später gekommen. Doch hatte er eigentlich nur um seinen Stolz gekümmert. Jetzt aber waren seine Gefühle gänzlich anders. Er litt Qualen, weil er sie mit andern tanzen sah, ohne daß sie sich um ihn kümmerte. Er zitterte vor der Entscheidung, die er trotzdem nicht abwarten konnte. Und es wurde ihm klar, daß, wenn sie ihn ablehnte, nicht nur ein Plan, auf den er gebaut hatte, zerstört würde, sondern es würde ihm die entziffen werden, mit der er sich die letzten Tage ohne Unterlaß beschäftigt hatte. Im voraus machte er schon das Gefühl des niederschmetternden Schmerzes durch. Er begriff, daß sie nicht irgend eine war, die für ihn paßte, sondern die Einzige, die er begehrte. Er liebte sie.

Im Augenblick, wo dieser Gedanke ihm einschließt war, hatte er das Gefühl, als wenn eine riesenhafte Faust ihn an der Kehle gepackt hätte. „Gott verdamme mich!“ murmelte er und starrte ratlos vor sich hin.

Bis jetzt hatte er noch nie einen Menschen geliebt, außer vielleicht in der Erinnerung seine Mutter. Er hatte wohl Menschen in sich aufgelassen, ihnen seinen Willen, seine Meinung aufgeprägt, aber er war nie in ihnen ausgegangen. Nun aber fühlte er sich von diesem Mädchen besessen. Er war von ihr beherrscht und beherrschte. Wenn sie jetzt vor ihm gestanden hätte, hätte er gesagt: „Mach mit mir, was du willst. Ich gehöre dir. Und er fühlte, daß dies sein Verderben war. Er war entwurzelt aus seinem bisherigen Leben, im Gegensatz zu seiner Vergangenheit. Sein Verstand empörte sich, riet ihm, alle diese Menschen zu fliehen; für die er nicht geschaffen war, in die Einjamkeit zurückzutreten, in der sich seine Kraft ungehindert erhalten hätte.

Aber trotzdem ihm eine innere Stimme sagte, daß er jetzt in sein Anglied tief, gab er sich nicht weiter Rechenschaft über sein Handeln, sondern folgte der dünnen Macht, die ihn wie einen an Stricken Gefesselten führte. Er begab sich in den Saal zurück, und sobald er Anna erblickt hatte, ging er geraden Wegs auf sie zu.

Als sie ihn kommen sah, lächelte sie ihm zu entgegen. Sie stand im Gespräch mit einem Herrn. Aber Horstmann trat zwischen die beiden.

„Bitte auf ein Wort.“
„Ich wollte gerade tanzen.“ erwiderte Anna lutz

Aber Horstmann ergriff ihr Handgelenk, und sich vor dem Herrn vorbeugend, sagte er:

„Entschuldigen Sie, ich habe der Dame etwas mitzuteilen.“
„Ja, was ist denn passiert? Lassen Sie mich gefälligst los! Was ist das für eine Art?“

„Gehen Sie unter die Gallerie! Sie wollen einen Skandal vermeiden, nicht wahr? Gut — dann tun Sie, was ich Ihnen sage.“

Er ging voran, an den Tischen vorbei, die schmale Treppe hinauf, die zur Gallerie führte. Er blühte sich nicht nach Anna um, an dem Rauschen des schweren Profats hörte er, daß sie ihm folgte. Auf dem ersten Absatz blieb er vor einem großen Fenster stehen. Die Luft war heiß und dumpf. Man hörte das Surren des dem Hahn entströmenden Gases. Die Blamme warf einen gelben Kreis über die Raikwand, während aus dem Fenster schgraues Morgenlicht hereinbrach.

Horstmann ließ Anna an sich vorbeigehen, dann trat er an die schmale Treppenummündung und sah sie finstern an.

„Sol' Nun hören Sie!“
„Was wollen Sie denn von mir?“

„Sie richtete sich auf und suchte ihre Furcht hinter einer stolzen Miene zu verbergen.“
„Hat Herr Holleder nicht mit Ihnen gesprochen?“

„Mit mir — worüber?“
„Ich hatte ihn gebeten, Sie Donnerstagabend zu besuchen, hat er das nicht getan?“

„Ja, Donnerstagabend war er bei mir.“
„Hat er nicht von mir gesprochen?“

„Doch...“ sagte Anna langsam, während sie fühlte, wie ihr Herz in rasendem Tempo schlug. „Wir sprachen von Ihnen von Ihren Bauten.“

„Und was sagten Sie dazu?“
„Ich...“
„Darum wollen Sie das wissen?“

„Ich will's wissen.“
„Ich...“
„Ich sagte...“
„Ich möchte Sie fragen, ob Sie...“
„meine Frau werden wollen?“

— Sie sah ihn mit weit offenen Augen an. Sie war so blaß und spitz geworden, daß sie fast häßlich ausah. Ihr Kopf fiel auf die Brust. Er blühte stumm auf ihr Haar, das in kleinen Locken die Perlentrone umkränzte. Als sie schwieg, legte er seine heiße Hand um ihren Arm.

„Wollen Sie meine Frau werden, Fräulein Düsback? Antworten Sie mir!“
„Ich kann nicht gleich antworten.“
„Klopferte sie.

Fortsetzung folgt

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

kr. Stuttgart, 14. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wird zunächst der

Bericht der Mandatprüfungskommission

entgegengenommen, von Carbit (Niemtschelt) erstattet. Es sind 327 Delegierte anwesend. Wahlprotokolle, die direkt an die Generalversammlung gerichtet sind, liegen vor aus den Städten Chemnitz, Kassel, Ehlingen, Dresden und Berlin. Die Protokolle stützen sich darauf, daß zugunsten bestimmter Kandidaten einer Richtung mündlich oder schriftlich Wahlbeeinflussung erfolgt sei.

Die Mandatprüfungskommission ist in ihren Entscheidungen sehr liberal: Sie steht auf dem Standpunkt, daß in fast jeder Verwaltungsstelle Beschlüsse gegen das Wahlprotokoll vorgekommen seien. Die Kommission erblickt in der mündlichen und schriftlichen Propaganda für einzelne Kandidaten unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen genügenden Grund, um die Wahlen für ungültig zu erklären. In Berlin wurden bei der Wahl im Wahllokal gestrichene Stimmzettel ausgeteilt. Die Namen der Kandidaten, die der Sozialdemokratie angehören, waren gestrichen. Wegen dieses Verfahrens wurde Protest eingelegt. Die Mandatprüfungskommission beantragt Gültigkeit der Wahl. Es sei unmöglich, daß bei der großen Kandidatenzahl (104) die Mitglieder alle Kandidaten kennen.

An dem Bericht über den Berliner Protest schloß sich eine längere, teilweise lebhaft auseinandersetzung. Riefert (Rathenow) hält den Protest für begründet.

Rich. Müller (Berlin) führte aus: man hätte gar nicht anders verfahren können, als geschah; er selbst hätte die einzelnen Kandidaten nicht persönlich gekannt. Zu Wahlleitern hätte man zuverlässige Kollegen nehmen müssen.

Riehl (Mannheim) betrachtet es für unzulässig, daß Kandidaten zugleich Wahlleiter sein könnten. Die Wahlbeeinflussung

in Berlin sei von der dortigen Ortsverwaltung systematisch organisiert worden.

Reichel vom Verbandsvorstand stellt fest, daß der Vorstand den Wahlprotokoll bereits am 9. September an die Ortsverwaltung Berlin zur Rückübernahme weitergegeben habe. Erst letzten Sonntag sei aber die Antwort gekommen. Dem Vorstand sei es darum unmaßgeblich gewesen, noch zu der Sache Stellung zu nehmen. Wenn der Protest abgelehnt würde, dann müßte eine Entscheidung des Vorstandes, nach der in einem ähnlichen Falle ein Mandat für ungültig erklärt werden ist, wieder aufgehoben werden. Die Ausgabe von präparierten Stimmzetteln sei unzulässig.

Haas (Köln) erinnert an das Kundschreiben Dilmanns an seine „Lieben Freunde“. Das zeige, daß man bei der Aufstellung der Kandidaten nicht mehr nach gewerkschaftlichen Grundsätzen, sondern nach politischen Gesichtspunkten verfahren habe. Die Kennzeichnung bestimmter Kandidaten sei nach dem Wahlprotokoll unzulässig. Man könne nicht für Berlin ein Sonderrecht in Anspruch nehmen. Recht müsse Recht bleiben.

Dilmann (Frankfurt a. M.) betont, das Wahlprotokoll sei vom Vorstand mit allen Feinheiten ausgefüllt worden. Alle guten Geister hätten dabei geholfen, ohne freilich das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Dringend notwendig sei die Schaffung eines neuen Wahlprotokolls. Einige Unregelmäßigkeiten mögen in Berlin wohl vorgekommen sein, sie seien aber durch die Verhältnisse erklärlich. Zur Kassierung der Wahlen in Berlin würde der Protest nicht ausreichen.

Nachdem noch Tost (Berlin) sich gegen den Protest gewandt hatte, findet ein Schlußantrag der Mehrheit Annahme.

Auf Antrag Haas ist die Abstimmung über die Gültigkeit der Berliner Mandate namentlich.

Vorsitzender Schlicke erklärt, daß an der Abstimmung sich alle Delegierten, mit Ausnahme derjenigen, deren Mandate angefochten sind, beteiligen können. Dieser Vorschlag ruft einen ungeheuren, minutenlangen Tumult hervor. Die Mehrheit protestiert dagegen, daß die Delegierten, deren Mandate angefochten sind, nicht mit abstimmen können. Es wird auf

Antrag der Mehrheit gegen die Stimmen der Minderheit beschlossen, daß die Berliner Delegierten sich an der Abstimmung beteiligen können.

Das Ergebnis der Abstimmung ist, daß mit 192 gegen 135 Stimmen die Gültigkeit der Berliner Mandate beschlossen wird. (Schluß folgt.)

Abbruch der Generalversammlung.

Die Generalversammlung nahm Donnerstag endlich die Konstituierung vor. Zu Vorsitzenden wurden Reichel-Stuttgart, Brandes-Wagdeburg und Richard Müller-Berlin gewählt. Den Vorstandsbericht erstattete Reichel, der besonders die Notwendigkeit der Geschlossenheit der Organisation betonte. Korrespondenten wurden je einem Vertreter der beiden Richtungen zugewiesen. Als erster sprach Dilmann, der seine Rede vom Gewerkschaftskongress wiederholte und die Politik der Vorstände scharf bekämpfte. Zum Berliner Streik wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Streikenden Sympathie auspricht. Der geschlossenen Front der Unternehmer soll die gesicherte Front der Metallarbeiter entgegengestellt werden. Bei den weiteren Verhandlungen ergaben sich so schwere Meinungsverschiedenheiten, daß die Verbandsleitung es für unangebracht hielt, die Generalversammlung zu schließen, bevor in die Behandlung mehrerer wichtiger materieller Angelegenheiten eingetreten wurde.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine Konferenz der Hafenarbeiter hat der Transportarbeiterverband auf den 27. Oktober und folgende Tage nach Berlin, Gewerkschaftshaus, einberufen. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Hafentätigkeiten. 2. Die Mitwirkung des Verbandes bei dem Ausbau und der Handhabung der Arbeitsvermittlung. 3. Die bisherige praktische Tätigkeit der Betriebs- oder Gruppenräte.

Sechster Nachtrag

zu der Verordnung über das öffentliche Fuhrwesen in Lübeck vom 10. April 1912.

(Veröffentlicht am 17. Oktober 1919.)

Bei Benutzung von Kraftdroschken darf bis auf weiteres bei Fahrten in der Stadt und den Vorstädten zu dem im III. Nachtrag o. a. Verordnung vom 30. Januar 1917 festgesetzten Gesamtpreis ein Zuschlag von 250 Proz. erhoben werden.

Der V. Nachtrag o. a. Verordnung wird aufgehoben. Dieser Nachtrag tritt mit dem 18. Oktober 1919 in Kraft.

Lübeck, den 15. Oktober 1919. (8791)

Das Polizeiamt.

F. b. Gratulationen u. Geschenke anl. u. Hochz. d. h. Hans Schütz u. Fr. Anna geb. Ahrens. Schwartau.

Fahre am 11. Okt. vollkommene Vermählung geben bekannt

Hermann Dübler und Frau Mariechen geb. Waltherr. Renfeld, Okt. 1919.

Für die uns in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit u. Geschenke dankbar herzlich (8778) D. O.

Statt Karten. Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzsp. beim Ableben unseres lieben Sohnes und Bruders

Heinrich Brüggmann sagen wir allen Verwandten u. Bekannten, insb. der Fa. Carl Thiel u. Söhne u. d. Arb.-Zurverein unsern tiefgefühlten Dank. (8808)

Kleine 2-Zimmer-Wohnung ist gegen größere 2- oder 3-Zimmer-Wohnung sofort zu tauschen. Näheres 8802) Brüderstr. 1a, 1. Et.

Jugel, a. d. Weese Westdeutsche Schlupf- u. junge Wolfshund. D. Zurckerstr. d. Rutter Lab. Schlupf, Lübecker Str. 107.

Entlaufen kleiner Wolfshund, dunkel br., weiße Br. Wiederbr. Belohn. (8816) Wank, Lübeck-Siemsa.

Achtung Skatbrüder! Am Sonntag, 19. d. M., nach 4 Uhr, findet am beliebigen Wunsch in meinem Lokale ein

gr. Preiskat hat. Hierzu ladet ein P. H. Kuppe, Marienstr. 65



Turnverein Stöckelsdorf und Umgebung. Sonntag, d. 19. Okt. 1919:

Turngang nach Moising. Abmarsch nach 2 1/2 Uhr vom Vereinslokal.

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Der Turnwart.



Am Sonntag, d. 19. Okt.

Turngang nach Moising.

Abmarsch 4 Uhr vom Vereinslokal. 8809) Der Turnwart. NB. Punktier Anzug.

Deutscher Transportarb.-Verh.

Ortsverwaltung Lübeck.

Verammlung

der in den Bugierbetrieben beschäftigten Schiffsführer, Maschinenisten, Donkey, Schuten- u. Deckstele

heute, Freitag, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.

im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig. Nichterbeschiedener sind vorzuziehen. 8813) Die Ortsverwaltung.

Hodermanns Konditorei.

Täglich frische (8788) Berliner Pfannkuchen.

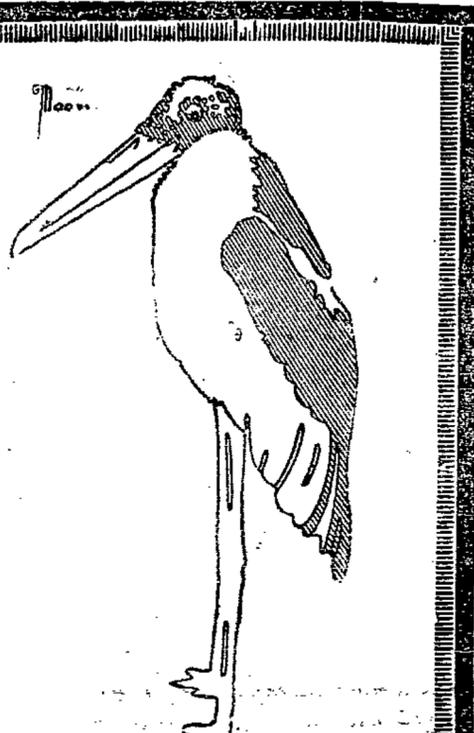
Kücknitz. W. Dieckmanns Gasthof

Freitag, d. 17. Oktober: Tanz-Kränzchen.

Groß-Lübeck neben d. Stadttheater.

Tägl. hum. Konzert Anst. d. Gemüthliche

8789) ist da!



Der Marabu

Kragen auch die Muff ist sehr leicht und sehr warm.

Mancher zieht ihn dem Pelz vor wegen des billigen Preises.

Marabu-Kragen schöne, volle Formen 45.00 bis 85.00

Marabu-Muffen Taschen- und Conzenform. . . . 95.00

Rudolph Karstadt Lübeck

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie Ortsverein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Restaurant „Zur Himmelsleiter“. Am Sonnabend, dem 18. Oktober: Groß-Familienball

und am Sonntag, dem 19. Oktober: Musik-Unterhaltungs-Abend. Hierzu ladet freundlich ein Richard Wolff, Margaretenstr. 2.

Wir verlegen unser Herrenartikel- u. Schuhwaren-Geschäft nach (8789) Holstenstr. 21 schrägüber unseren bisherigen Geschäftsräumen. Verkauf beginnt ab Sonnabend, dem 18. Oktober. Schuhwarenhaus Franzen & Co.

Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr in der Aula des Johanneums: Lichtbildervortrag

des Herrn Dr. med. Karl Siering (8807) über „Die Geschlechtskrankheiten, ihr Wesen, ihre Verbreitung, ihre Bekämpfung“.

Eintritt Mt. 0,20. Zutritt nur für Herren. Vorverkauf bei Friedr. Nagel, Am Markt. Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung. Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Lübeck.

Einladung zum Ball am Sonnabend, dem 18. Oktober 1919, im Gewerkschaftshaus, Johannstr. 50-52. Anfang 6 Uhr. 8784 Herren 2.- Mt., Damen 1.- Mt. Hierzu ladet freundlich ein Das Komitee.

Konzerthaus Flora. Sonnabend, den 18. Oktober: Grosser Ball Sparklub Biene 1908.

Anfang 6 1/2 Uhr. (8787) Eintritt: Herren 2 Mk., Damen 1 Mk.

Sparklub „Hol ub'n Dutt“. Grosser Ball am Sonnabend, dem 18. Oktober 1919 im Lokale „Friedrichshof“

unter gütiger Mitwirkung des Konzertina-Klubs. Anfang 6 Uhr. 8794 Ende 7 1/2 Uhr. Herrenkarte Mk. 1.50. Damenkarte Mk. 1.00.

Kolosseum Sonnabend, dem 18. Oktober: (8812) Gr. Ball Anfang 6 Uhr. Heiner. Ohde.

Hansa-Theater Freitag punkt 7: (Neu einstudiert):

Ein Walzertraum. Operette von O. Strauss.

Sonnabend) Ein Sonntagab. Walzertraum. Nachmittags: (8788) Schneewittchen.

Stadttheater Lübeck (8801) Freitag, den 17. Oktober: 5. Vorstellung im Freit.-Ab. Anfang 6 Uhr.

Walküre. Große Oper in drei Akten von Richard Wagner.

Sonnabend, d. 18. Oktober: Nacht in Venedig. Sonntag, den 19. Oktober: 1. Veranstaltung im Faustzyklus

Anfang 10 1/2 Uhr: Morgenfeier Das Puppenspiel vom Doktor Faust.

Anfang 2 1/2 Uhr: 3. Arbeitervorstellung. Judith.

Anfang 7 Uhr: Carmen.